

Danziger Volkszeitung

Westpreussisches Volksblatt Danziger Volksblatt

Bezugspreis: Durch Anstreicher oder Zweigstellen monatlich 2,50 D.M., durch die Post 4,00 D.M., durch die Post 4,25 D.M., nach Polen unter Kreuzband 8,25 D.M., Einzelpreis 0,15 D.M., bzw. 0,25 D.M. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat der Verleger kein Anrecht auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, veräußert oder nicht erscheint. Unverl. Manuskript, wenn nicht ausdrücklich, fernsprecher: Geschäftsstelle und Redaktion: 247 98 und 247 97, Hauptverteilung: 248 97.

Anzeiger für den Freistaat Danzig Pommern und die östlichen Gebiete

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Seemannslänge“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“, „Wochenend und Ferien“.

Anzeigenpreise und -bedingungen: Die einseitige Millimeterzeile (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigenteil 10 Pf., im Reklameteil (83 mm breit) 20 Pf. Auslandspreise, Beilagen und Rabatte nach Tarif. Anzeigenpreise für Anzeigen, die in der Zeitung veröffentlicht werden, sind ohne jede Verbindlichkeit. Für die Verleger der Anzeigen, die in der Zeitung veröffentlicht werden, ist keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben. Die Anzeigen werden in der Zeitung veröffentlicht, wenn sie nicht ausdrücklich anders bestimmt sind. Die Anzeigen werden in der Zeitung veröffentlicht, wenn sie nicht ausdrücklich anders bestimmt sind. Die Anzeigen werden in der Zeitung veröffentlicht, wenn sie nicht ausdrücklich anders bestimmt sind.

Vorzeitiger Abbruch des Ersten Deutschen Gesellentages

Immer wieder Zusammenstöße — Die für gestern vorgesehenen Veranstaltungen einschließlich der Pontifikalmesse mußten ausfallen — Vorzeitiger Abtransport — Schwere Anklagen der bayerischen politischen Polizei gegen die Leitung des Gesellentages und gegen die katholischen Gesellen.

Das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbüro meldet aus München: Die bayerische politische Polizei sah sich Sonnabend abend gezwungen, zum Schutze der Mitglieder der katholischen Gesellenvereine und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein Verbot des Tragens von Uniformen und uniformähnlicher Kleidung, insbesondere des orangefarbenen Hemdes durch Mitglieder der katholischen Gesellenvereine zu erlassen. Die für Sonntag vorgesehenen Veranstaltungen, darunter die Pontifikalmesse, sind abgesagt worden. Wie im Laufe des Sonntags auch wiederholt verbreitet wurde, die für Montag vorgesehene Abfahrt der Sonderzüge, die die Teilnehmer des Gesellentages in ihre Heimat zurückbringen, um 24 Stunden vorverlegt, so daß im Laufe der Nacht der Großteil der Teilnehmer München wieder verläßt.

Die Leitung des Deutschen Katholischen Gesellentages in München hat sich gezwungen gesehen, den Gesellentag vorzeitig zu schließen. Wie die bayerische politische Polizei hierzu mitteilt, hatte die bayerische Regierung auf Vorstellung der Leitung des Deutschen Gesellentages, die Abhaltung der Tagung, die zuerst verboten worden war, unter verschiedenen Bedingungen zugelassen, deren Erfüllung von der Leitung des Gesellentages zugesagt worden war. Eine große Anzahl der Teilnehmer trat aber ohne Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung in einer Uniform auf, die dem Braumehd ähnlich (Sie ist nicht ähnlich, sondern die Gesellen tragen ein sich stark abhebbendes orangefarbenes Hemd v. Schriftl.) war und in weiten Kreisen der nationalsozialistischen Bevölkerung als Mißbrauch des Braumehdes angesehen wurde. Infolgedessen kam es in der Stadt zu erheblichen Unruhen. Um weitere Störungen zu verhindern, wurde auf Befehl des Innenministers nochmals auf das bereits bestehende Uniformverbot hingewiesen, zumal auch zu befürchten stand, daß sich auch Ausföhrungen gegen die zahlreichen anwesenden geistlichen Führer der weltlichen Vereine (Der katholische Gesellenverein ist kein weltlicher Verein, v. Schriftl.) ereignen würden. Unter unrichtiger Weitergabe der feineren Verbotshandlungen brachte die Leitung des Gesellentages den Vizelandesrat von Papen und den bayerischen Wirtschaftsminister Graf Quadt in die unangenehme Lage, unter diesen schwierigen Umständen als offizielle Vertreter an dieser Tagung teilzunehmen.

In der Nacht auf Sonntag mußten wiederholt die bereitgestellten Überfallkommandos ausrücken, um bei den zahlreichen Zusammenstößen einzugreifen, die durch die trotz des Uniformverbotes in Uniform angetretenen Mitglieder der Gesellenvereine hervorgerufen wurden. Diese wiederholten Zusammenstöße haben bewiesen, daß die Mitglieder der Gesellenvereine nicht die Disziplin gewahrt haben, die man zur ungeführten Durchführung dieser Tagung von ihnen erwarten mußte. Aus diesem Grunde sah sich die Leitung des Gesellentages von sich aus gezwungen, den Gesellentag vorzeitig zu schließen.

Als spontane Antwort auf das unbehörliche Auftreten einer großen Zahl der Teilnehmer des Gesellentages veranstaltete die Münchener SZ. und SS. heute vormittag einen Aufmarsch, der muferrgültig diszipliniert verlief. Zusammenfassend ergibt sich die Tatsache, wie es in dem Bericht der politischen Polizei u. a. heißt, daß das ursprüngliche Verbot des Gesellentages nur zu gerechtfertigt war und die Verantwortung über diese unliebsamen Vorkommnisse und für die in die Bevölkerung hineingetragene Unruhe der Leitung des Gesellentages zuzuschreiben ist.

Was hier von der bayerischen politischen Polizei verbreitet wird, sind so ungeheuerliche Anklagen gegen die Gesamtleitung des katholischen Gesellentages und gegen die katholischen Gesellen überhaupt, daß wir sie nicht unüberprüften hinnehmen können und daß sie sicher auch von der Leitung des Gesellentages nicht unüberprüften hingenommen werden. Wir kennen die katholischen Gesellen als eine wohlgeordnete Schar, und auch der große internationale Gesellentag vor einigen Jahren in Wien hat das bewiesen. Wir wollen zu diesen Vorgängen, die ein Warnsignal für alle Katholiken sein müssen, nicht weiter Stellung nehmen und wir können nur unser Bedauern darüber aussprechen, daß die Leitung des Gesellentages sich nach dem wenige Tage vor Beginn des Gesellentages ausgesprochenen Verbot zu den weitgehenden Zugeständnissen bereit erklärt hat, um den Gesellentag abzuhalten. Nach dem Verbot und nach dem Kommentar, den z. B. der „Völkische Beobachter“ dem Verbot gegeben hat, mußte man damit rechnen, daß auch bei größter Disziplin die Tagung nicht glatt verlaufen würde. Daß es aber in einer zu sechs Siebenteln katholischen Stadt nicht mehr möglich ist, die Tagung eines vollständig unter geistlicher Leitung stehenden Vereins durchzuführen, ist überaus bedenklich.

Der Kampf um die 40-Stundenwoche auf der Internationalen Arbeitskonferenz

WTB. Genf, 10. Juni. Die heutige Frühung der internationalen Arbeitskonferenz beschäftigte sich in allgemeiner Aussprache mit der Einführung der 40-stündigen Arbeitswoche in der Industrie. Der Führer der Arbeitgebergruppe, der dänische Delegierte Vested, erklärte im Namen der ganzen Gruppe mit Ausnahme des italienischen Vertreters, daß die Frage einer internationalen Regelung der 40-stündigen Arbeitswoche nach Auffassung der Arbeitgeber nicht spruchreif sei. Auch sei die Verkürzung der Arbeitszeit kein geeignetes Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

In längeren Ausführungen trat der französische Arbeiterdelegierte Jouhaux den Ausführungen des Dänen entgegen. Jouhaux legte im Namen der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. Marsfeld den deutschen Standpunkt klar. Er erklärte, daß die deutsche Delegation unter ganz bestimmten Einschränkungen, die er eingehend begründete, bereit sei, positiv an Verhandlungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit mitzuarbeiten. Es sei der deutschen Delegation aber nicht möglich, ihre Zustimmung zu einem Abkommen über die 40-Stundenwoche zu geben, ehe die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz in ihren Grundzügen erkennbar seien. Der deutsche Vertreter stellte in den Vordergrund seiner Ausführungen den Grundsatz, daß eine wirksame Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Schäden der Arbeitslosigkeit nur durch Schaffung neuer Arbeiten möglich sei. Von Maßnahmen jedoch, die nur das vorhandene Arbeitsvolumen gleichmäßig zu verteilen suchten, sei eine durchgreifende Erleichterung nicht zu erhoffen. Eine Vergößerung des Arbeitsvolumens setze eine wirtschaftliche Belebung und Gesundung voraus. Soziale Maßnahmen und vor allen Dingen solche internationaler Natur könnten erst nach Schaffung dieser neuen stabilen Grundlage ihre sachgemäße Entscheidung finden. Der deutsche Vertreter warnte vor übereilten Beschlüssen, ehe die wirtschaftliche Neuordnung nicht, wenigstens in großen Zügen, erkennbar sei.

„Wir haben uns in Deutschland“, erklärte der Redner, „während der letzten Krisenjahre auf das Entschiedenste bemüht, möglichst viel Arbeitnehmer durch Verkürzung der Arbeitszeit an ihren Arbeitsplätzen zu belassen. Ein ungeheures

Opfer wird durch die Kurzarbeit dem noch im Produktionsprozess stehenden zugewendet. Sie bringen es, um weiterer Not zu begegnen, und Tausende ihrer Arbeitskameraden vor dem grauenhaften Schicksal der Arbeitslosigkeit zu bewahren. Aber die Möglichkeiten, durch weitere Verkürzung der Arbeitszeit noch sozial zu helfen, sind im Verhältnis zur Arbeitslosigkeit sehr gering.

Eduard Dadd, der neue amerikanische Botschafter in Berlin

WTB. Washington, 10. Juni. Präsident Roosevelt hat nach langem Suchen der Reichsregierung den bedeutenden amerikanischen Gelehrten und Kenner deutscher Verhältnisse William Eduard Dadd als Berliner Botschafter vorgeschlagen und seine Ernennung lobten dem Bundesrat zur Bestätigung vorgelegt. William Eduard Dadd ist 1869 in Nord Carolina geboren, hat in Leipzig unter Lamprecht studiert, dort im Jahre 1900 seinen Dr. der Philosophie gemacht. Seit 1908 wirkt er als Professor für amerikanische Geschichte an der Universität Chicago. Dadd spielt eine führende Rolle im engeren Kreis der Demokratischen Partei und gilt als erfahrener Staatsmann. Er spricht gut deutsch und ist bekannt für sein feines korrektes und sachliches Urteil in allen außenpolitischen Fragen. Unter den von Roosevelt bisher ernannten Diplomaten gilt er als der hervorragendste. Seine Berufung bedeutet nach biesiger Auffassung als ein Zeichen ehrlicher Freundschaft Roosevelts für Deutschland und als Beweis seines ernstlichen Bemühens, nach Berlin einen Mann zu senden, der für Deutschland sympathisches Verständnis hat und dessen Urteil in Washington bei Regierung und Kongreß von wichtigem Einfluß sein dürfte.

Bombenanschlag auf den Landeshauptmann von Steiermark.

WTB. Graz, 12. 6. Sonnabend abend um 12 1/2 Uhr explodierten am Nordgang der Ortschaft Kirchdorf bei Bruck an der Mur zwei Sprengkörper, wobei ein Bretterzaun zerstört und die Bretter auf die Bundesstraße geschleudert wurden. Unmittelbar nach der Explosion passierte Landeshauptmann v. Stumm, der die Stelle 2 1/2 Stunden vorher auf der Fahrt nach Bruck passiert hatte, im Zusammenhang stehende. An der Explosionsstelle wurden von der Gendarmerie zwei Mannesmannrosen gefunden, die als Explosionskörper gedient hatten und wahrscheinlich mit Ammonit gefüllt waren. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden. Landeshauptmann Dr. Rintelen erklärte auf telefonische Anfragen, daß er die Nachricht von der Explosion erst erhalten habe, als er die Stelle bereits passiert hatte. Man könne sich im gegenwärtigen Zeitpunkt vor dem Abschluß der behördlichen Untersuchungen noch kein Bild über das Attentat machen. Er wolle es dahingestellt sein lassen, ob der Bombenanschlag ein gait. Jedenfalls sei es haarträubend, daß sich solche Dinge in Österreich ereignen können. Es werde Sache der Regierungsgewalt sein, hier mit rücksichtsloser Strenge einzuschreiten.

Mordanschlag auf Landesrat Steidle.

WTB. Innsbruck, 11. 6. Als Landesrat Dr. Steidle heute im Auto in seine Wohnung zurückkehren wollte, wurde er aus einem Auto heraus angeschossen und am Unterarm verletzt. Das betreffende Auto hatte verschleierte Erkennungszeichen.

Die Bischöfe Deutschlands haben gesprochen.

Gedanken aus und zu dem Hirtenschreiben über das neue Deutschland.

Von den Kanzeln aller katholischen Kirchen im ganzen Deutschen Reich ist gestern das gemeinsame Hirtenschreiben aller deutschen Bischöfe verlesen worden, das wir bereits am Sonnabend in einem völlig unzulänglichen und nichtigsten Teile veröffentlicht haben, das wir morgen im Wortlaut wiedergeben werden und das wir heute schon der besonderen Beachtung aller unserer Leser empfehlen möchten. Denn kaum eine Kundgebung ist nicht nur im katholischen Volksteil und nicht nur im Deutschen Reich mit solcher Spannung erwartet worden als dieses Hirtenschreiben der Bischöfe des Deutschen Reiches. Und andererseits sind sich auch die Bischöfe Deutschlands bewußt gewesen, wie viele Millionen Menschen auf ihr Wort sehnächtig gewartet haben. Sie sind sich des ungeheuren Ernstes der Stunde bewußt gewesen, des Ernstes der gegenwärtigen Zeit, und sie sind sich bewußt gewesen, daß sie in diesen vielleicht entscheidenden und entscheidungsvollen Zeiten, die unser deutsches Vaterland seit dem Kriege durchlebt, ein wahrhaft bedeutames und richtungweisendes Wort sprechen mußten, um nicht nur Klarheit zu schaffen bei gar manchen Kreisen im eigenen katholischen Lager, sondern grundsätzliche Klarheit in der Stellung der Katholiken zu Staat und Staatsautorität, grundsätzliche Klarheit auch in dem Verhältnis von Staat und Kirche zu einander, grundsätzliche Klarheit über die Befugnisse und Grenzen des Staates, grundsätzliche Klarheit auch über die Folgen, die ein christlicher Staat und ein christliches Volk aus dem Christentum zu ziehen hat. Die kirchlichen Oberhirten in Deutschland sind sich der Schwere dieser Stunde und der Tragweite ihrer Beschlüsse so bewußt gewesen, daß es, soweit wir unterrichtet sind, das erste Mal ist, daß der gesamte reichsdeutsche Episkopat zu einer Erklärung zusammengetreten ist. Denn dies Hirtenschreiben haben nicht nur — wie es sonst üblich war — die preussischen Kardinal, Erzbischöfe und Bischöfe unterzeichnet, sondern auch die von Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen, also alle Oberhirten des gesamten deutschen Reichesgebietes. Auch das beweist die außerordentliche Bedeutung dieses Hirtenschreibens, es beweist aber auch die Einheit und Geschlossenheit des reichsdeutschen Episkopats.

Das Hirtenschreiben muß mit größter Genauigkeit gelesen werden, jedes Wort ist wohl abgemessen und Bedenklich. Die Bischöfe nehmen nicht Stellung zu diesen oder jenen Einzelfällen — das ist nicht Aufgabe eines solchen Hirtenschreibens — sondern sie stellen Grundsätze auf bzw. klären die für die gegenwärtige Lage gegebenen besonders ein. Von hoher katholischer Warte und aus dem vollen Bewußtsein der katholischen Wahrheit schauen sie auf die Zeitverhältnisse herab und werden in ihnen aus der katholischen Wahrheit heraus Lehrer und Führer. Das Hirtenschreiben verrät in jeder seiner Zeilen, ja in jedem seiner Worte die Einheit und Würde der katholischen Kirche, die Klarheit und Festigkeit dieser von Christus eingesetzten Kirche. Sie ist die vollkommenste Gesellschaft der Welt, die von Christus dem Herrn ihre Befugnisse empfangen hat und empfangt, und darum auch nur Gott allein verantwortlich ist. Frei und unabhängig steht die katholische Kirche da, frei und unabhängig verkündet sie jedem gegenüber ihre Lehre. Da ist keine Demagogie, da ist keine unwürdige Propaganda, da ist kein Ruhm um die Gunst der Herrschenden oder des Volkes, da ist eine Stimme des Gewissens und der katholischen Wahrheit.

Die Bischöfe erkennen loyal an im neuen Deutschland, was gut ist, was anzuerkennen ist, was mit der katholischen Wahrheit in Einklang gebracht werden kann. Sie geben dabei aber gar manche unliebsame Tagessache hinaus, schauen über sie hinweg in die Tiefe und anerkennen auch da die leuchtend herrschende gute Absicht, wenn sie gar manche Taten selbst auch verurteilen und Kritik an ihnen üben, wenn sie auch offen aussprechen, daß sie wünschen und erwarten, daß diese mit der Kritik-katholischen Auffassung nicht in Uneinkunftimmung zu bringenden Dinge nun endlich überwunden und auch gutgemacht werden.

Andererseits schauen sie auch die vielfach antikatholischen, ja antichristlichen Bestrebungen in weiten Kreisen der Anhänger der neuen Mächte, sie schauen das Streben nach der ganzen Macht unter Ausschluß jeder anderen Macht, das Streben nach voller und alleiniger Beherrschung der Menschen und sogar ihrer Gewissen, und da erheben die kirchlichen Oberhirten eindringlich warnend ihre Stimme, verkünden laut und nachdrücklich den unwandelbaren Standpunkt der katholischen Weltanschauung, betonen das Recht und die Freiheit des Einzelnen, betonen das Recht der Kirche und die auch dem Staate und der

Neues in Kürze

Der Führer der deutschen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz, Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, ist Sonntag nachmittag in London eingetroffen.

Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer im Deutschen Reich betrug am 1. Juni 4 553 385 gegenüber 4 555 426 am 1. Mai d. J. Der Rückgang ist auf die üblichen Sommerabmeldungen zurückzuführen.

Der frühere sozialdemokratische Oberbürgermeister von Magdeburg Neuter ist erneut verhaftet worden. Diese Maßnahme soll im Zusammenhang mit den schweren Anschuldigungen stehen, die gegen Neuter wegen seiner ehemaligen Tätigkeit als Sowjetkommissar im Wolgarebiet erhoben werden.

Der deutsche nationale Landtagsabgeordnete Dr. Forstbach in Dortmund hat, der NSD. zufolge, seinen Austritt aus der Deutschen Nationalen Volkspartei erklärt. Er ist als Hospitant in die Nationalsozialistische Landtagsfraktion aufgenommen worden. Dr. Forstbach war über ein Jahrzehnt Mitglied des Deutschen Nationalen Volksrates.

Am Sonnabend abend stürzte auf der Halleschen Mauerbahn im Endlauf um den Großen mitteldeutschen Preis der Nachwuchsfahrer Pawlak-Forsy so schwer, daß er in der Nacht zum Sonntag seinen Verletzungen erlag.

Nach einer privaten Meldung aus Zinsbrud wurde das Zinsbruder Braune Gaus befehrt. Sämtliche Anwesenden wurden verhaftet.

Die polnische Regierung hat beschlossen, eine neue Gesandtschaft in Lissabon einzurichten. Bisher war der polnische Gesandte in Madrid auch bei der portugiesischen Regierung akkreditiert. Zum ersten Gesandten Polens in Lissabon ist der frühere Direktor des Kabinetts des Außenministeriums, Szumlatowski, ausersehen.

Freitag wurde hier der Austausch der Ratifikationsurkunden des am 15. Juni 1931 in Washington unterzeichneten polnisch-amerikanischen Handels-, Freundschafts- und Konsularvertrages durch den Außenminister Oberst Wed und den amerikanischen Geschäftsführer vollzogen.

Auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1922 hat die österreichische Bundesregierung die Verbreitung der in München erscheinenden Zeitung „Völkischer Beobachter“ (Süddeutsche Ausgabe) im Inlande auf die Dauer eines Jahres verboten.

Der schwedische Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung einer Regierungsvorlage zugestimmt, die die Regierung ermächtigt, das Tragen politischer Uniformen zu verbieten.

In dem Dorfe Rantkow bei Arnswalde (Pommern) ist eine Anzahl Gutsangehöriger unter Paratruppen ähnlichen Erscheinungen erkrankt, die auf den Genuß von nicht einwandfreien Lebensmitteln zurückzuführen sind. 11 Personen wurden in das Arnswalder Krankenhaus übergeführt. Einige Erkrankte liegen schwer darnieder.

Zwei Angler, die am Sonntag mit einem kleinen Boot auf dem Nistow-See bei Belgard (Pommern) gefahren waren, um zu angeln, sind ertrunken. In der Mitte des Sees war das Boot gekentert. Der eine Angler war Kriegsbeschädigter und hatte nur ein Bein.

Staatsgewalt gelegten Schranken. — Sie verkünden natürlich grundsätzlich nichts Neues, ihre Gedanken bewegen sich in der Hauptfrage besonders auch in Richtung der einschlägigen Enzyklika des großen Papstes Pius XIII., aber sie verkünden es in für die heutige Zeit besonders aktueller Weise und geben den Gläubigen Klarheit, Halt und Richtung, den Staatsleitern und allen denen, die als besonders Dringende hinter diesen stehen, legen sie die katholische Stellungnahme offen klar und werden für sie zugleich auch Mahner und Warner.

Für uns keine Neueinstellung nötig. Frei und unumwunden und mit Nachdruck anerkennen und begrüßen die Bischöfe Deutschlands die in weitesten Kreisen neuerwachte Rückbesinnung auf das eigene Wesen der Nation, freimütig aber betonen sie auch, daß bei der grundsätzlich vaterländischen Haltung, die die deutschen Katholiken allezeit, insbesondere auch im letzten Jahrzehnt bewiesen haben, für sie keine Neueinstellung dem Volk und Vaterland gegenüber in Frage kommt. Es ist das Basielbe, was wir selbst vor nicht langer Zeit an dieser Stelle in Bezug auf unsere vaterländische Gesinnung und die Aufbaubarkeit am Staate mit den Worten ausgedrückt haben: „Wir Katholiken brauchen in dieser Hinsicht nicht erst zu erwachen, wir sind da allezeit nach gewesenen.“ Dies Wort der Bischöfe ist aber zugleich auch eine bedeutsame Anerkennung für das unablässige vaterländische Wirken der deutschen Katholiken und ihrer Führer, denen ja gerade heute so oft die Anerkennung versagt wird. Für dies Wort danken wir den deutschen Bischöfen ganz besonders.

Und wenn sie dann weiter das nationale Erwachen bei weiteren Volkseinstellungen begrüßen, hier auch unumwunden die diesbezüglichen Bestrebungen im Nationalsozialismus — ohne ihn eigens zu nennen — anerkennen, so gehen sie dabei gleichzeitig einen erheblichen Schritt über den vaterländischen Begriff des Nationalsozialismus hinaus, sie erweitern und vertiefen ihn noch um das „der natürlichen und christlichen Verbundenheit mit den anderen Völkern und den Völkern“, und vor allem „mit dem großen weltweiten Gottesreich auf Erden“.

Die Autorität und ihre Schranken. Ein Zweites wird in dem heutigen Staat von den Bischöfen begrüßt und anerkannt, die starke Betonung der Autorität. Es ist gewiß richtig, daß in den verflochtenen Jahren die Autorität oft nicht die Stellung einnahm, die ihr gebührt. Wir haben das oft genug betont. Die katholische Kirche ist eine Volksgemeinschaft im wahren und besten Sinne des Wortes, aber sie ist in gleicher Weise auch „Autoritätskirche“ und zugleich Hüterin der Autorität. Was ist das natürlichste und selbstverständliche, daß sie eine starke Staatsautorität auch begrüßt. Und mit vollem Recht können die Bischöfe betonen: „Es fällt uns Katholiken deswegen auch keineswegs schwer, die neue starke Betonung der Autorität im neuen deutschen Staatswesen zu würdigen und uns ihr zu unterwerfen.“ Das ist katholische Selbstverständlichkeit, die die Katholiken allezeit geübt haben, geübt haben auch einem Staate und Regierungen gegenüber, die nicht nach ihrem Wunsch und Willen waren, die die Katholiken geübt haben zu einer Zeit, da Kriege, die heute diese Forderung für sich in Anspruch nehmen, noch nicht — wenigstens der damaligen Staatsautorität gegenüber noch nicht — anerkannten, die durch die Katholiken und ihre politische Vertretung angegriffen und angefeindet haben. Dem Katholiken ist die Anerkennung der Staatsautorität und der Autorität der Regierung — auch wenn diese nicht nach seinem Herzen ist — eine Selbstverständlichkeit, sie ist ihm religiöse Pflicht.

Freilich: Auch diese Staatsautorität hat ihre Grenzen. Wir Katholiken kennen und anerkennen keinen allmächtigen Staat und keine Allmacht der Regierenden. Wir sind uns bewußt, daß auch ihnen Schranken gesetzt sind, innerhalb welcher sie sich zu bewegen haben. Wir kennen auch eine persönliche Freiheit und eine Gewissensfreiheit, die Naturrecht sind und nicht angetastet werden dürfen. Autorität und Freiheit müssen sich in der rechten Weise verbinden. Dies zu betonen ist gewissen starken Strömungen in der Gegenwart gegenüber besonders notwendig, und die deutschen Bischöfe tun es mit großer Eindringlichkeit: „Wir dürfen erwarten, daß die staatliche Autorität die menschliche Freiheit nicht mehr beschränke, als es das Gesamtwohl verlangt, sondern mit der Gerechtigkeit schmilde, und damit jedem Untertan das Seine gebe und lasse.“ Die Bischöfe warnen ausdrücklich vor jedem Mißbrauch der Autorität den Rechten der Untertanen gegenüber, sei es nun Eigentum, Ehre oder Freiheit.

Für Freiheit, Ehre und Gleichberechtigung. Freiheit und Ehre und Gleichberechtigung sind für jede Nation höchste Güter. Und wenn die neue Staatsführung als ihre Ziele aufstellt die Befreiung der Nation, die Erneuerung der Volksgemeinschaft, die Einheit und die unverfälschten Rechte des deutschen Volkes, so wird auch das von den deutschen Bischöfen anerkannt, und sie finden — wie schon früher — scharfe Worte gegen die Unterdrückung und Verdrückung des deutschen Volkes durch die Siegerstaaten. Mit Nachdruck betonen sie die völkischen Rechte des deutschen Volkes, betonen sie die Verbundenheit der Völker untereinander, lehnen sie eine unchristliche Machtpolitik ab, fordern sie Freiheit und Gleichberechtigung für das deutsche Volk. In diesem Streben können die deutschen Bischöfe auch der neuen Staatsführung vollkommen zustimmen, wie das ja auch alle Katholiken tun, denn gerade diese haben ja seit dem Kriege in unsagbar mühevoller, unanfechtbarer und selbstlosem Ringen um diese Güter gekämpft. Ihr einziges Ziel, Ziel ihrer ganzen Arbeit war ja: Rettung des deutschen Volkes, Herausführung desselben aus der Knechtschaft zu Freiheit und Gleichberechtigung. Und es kann und darf nicht verkannt werden, daß es gerade die deutschen Katholiken und ihre politischen Führer gewesen sind, die die Wege geebnet haben für die Freiheit, ja daß sie dem deutschen Volke diese Freiheit und Gleichberechtigung schon zu einem erheblichen Teil erkämpft haben, so daß die gegenwärtig Regierenden im gleichen Sinne nur weiterzubauen haben. Hier ist in den Zielen der deutschen Katholiken kein Bruch zwischen der früheren und der gegenwärtigen Regierung, hier gibt es nur eine gradlinige Weiterentwicklung.

Gegen die einseitige Bluts- und Rassepolitik. Mit besonderem Nachdruck wird von den gegenwärtig Regierenden die Einheit der deutschen Nation betont und dabei das Hauptgewicht auf den Rassegedanken gelegt und auf die körperliche Erhaltung. Letzteres ist nichts Neues und auch im katholischen Lager freudig begrüßt. Die heutige einseitige Betonung aber des Rassegedankens und des Blutes und die Folgerungen aus dieser einseitigen Betonung bringen Maßnahmen mit sich — haben sie schon gezeigt — daß es hier schwere Konflikte mit dem Christentum geben kann, wenn auf diesem Wege der Einseitigkeit weitergegangen wird, zumal starke Bestrebungen im Gange sind, Eingriffe an Menschen vornehmen zu lassen, die sich mit der christ-katholischen Lehre nicht in Einklang bringen lassen (Unfruchtbarmachung). Hier sind ungeheure Gefahren im Anzug, und die deutschen Bischöfe warnen feierlich und nachdrücklich, diesen Weg zu beschreiten: „Die staatliche Autorität darf“, so betonen sie, „bei der Förderung der Volksgesundheit nicht zu Gehehen und Verfahren greifen, die sie vor Gott, dem alleinigen Herrn allen Lebens, nicht verantworten kann... Wir glauben, daß eine Volkseinheit sich nicht nur durch die Blutsgeinheit, sondern auch durch die Gesinnungsgleichheit verwirklichen läßt und daß bei der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen die ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes zu Ungerechtigkeiten führt.“ Diese einseitige und ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes führt nach den ausdrücklichen Worten der Bischöfe zu Ungerechtigkeiten, die das christliche Gewissen belasten, vor allem wenn sie Mitleidsenden treffen, die in Christus durch das heilige Sakrament der Taufe wiedergeboren sind, wie z. B. die getauften Juden. Hier rücken die Bischöfe sehr deutlich ab von den diesbezüglichen Maßnahmen der Regierung und fordern weiter auch Anerkennung und Achtung der Gesinnung anderer, sie fordern mit besonderem Nachdruck Gerechtigkeit für die Andersgesinnten: „Nicht die Menschen der letzten Anpassung und die Ausbeuter einer künftigen Zeitlage sind die Besten eines Volkes, sondern jene, die Überzeugung und Charakter besitzen und sich, wenn auch manchmal erst nach hartem innerem Ringen, zu einer Sache mit ihrem Gewissen und mit ihrer ganzen Hingabe bekennen.“

Für wahres Christentum. Sollen die Ziele des neuen Deutschland erreicht werden, so bedarf es dazu des Fundamentes der Religion. Die Bischöfe begrüßen darum freudig das Bekenntnis der führenden Männer des neuen Staates, daß sie ihr Werk auf den Boden des Christentums stellen. Aber damit allein ist es noch nicht getan, es kommt darauf an, wie man das Christentum aufbaut, was man darunter versteht. Und da gibt es gerade in den Reihen der neuen Machthaber ungeheuer starke Strömungen, die den Begriff des Christentums völlig geändert haben, so daß wir als Christentum nicht mehr anerkennen können, was sie darunter verstehen. Heute ist Entscheidendes nicht das Wort Christentum allein, sondern das, was man darunter versteht. Die christliche Ausdrucksweise darf nicht mißbraucht werden, um den ganzen Glaubensgehalt zu fälschen. Hier gilt es auf der Hut zu sein und klar zu unterscheiden. Die deutschen Bischöfe ziehen eindeutig diese Trennungslinie und warnen. Die deutschen Bischöfe unterstreichen die Notwendigkeit, den Begriff des Christentums, wenn man sich schon auf das Christentum beruft, unzweideutig klar herauszustellen. Für die deutschen Katholiken kann dieses Christentum nur das Bekenntnis zur römisch-katholischen Kirche sein. Sollen die Kirche für sich für den Staat fruchtbar auswirken, so ist jedes Staatskirchentum abzulehnen, das notwendig zum Zusammenbruch von Staat und Kirche führen muß: „In diese katholische Einheit“, so erklären die Bischöfe, „sind wir durch sakramentale Kraft und persönliche, unerschütterliche Überzeugung so innig verwachsen, daß wir jeden Versuch, sie zu lockern, oder zu einer römischen Nationalkirche zu machen, als einen unerträglichen Angriff auf das Heilige unseres Wesens betrachten.“ Das ist überaus klar und deutlich gesprochen gegenüber jeden andersgerichteten Gesinnung, die teilweise recht stark hervortreten, es ist dies Wort der deutschen Oberhirten auch eine eindringliche Warnung.

Für Freiheit der Kirche, ihrer Organisation und der kath. Presse. Soll die Kirche die ihr von Gott gesetzte Aufgabe erfüllen, so bedarf sie der erforderlichen Freiheit, die sie auf Grund ihres Wesens braucht. Auch da sind überaus starke Gegenströmungen vorhanden, und es sind Worte und Ankündigungen aus dem Munde führender Männer des neuen Staates gefallen, die höchst bedenklich stimmen und Beunruhigung wecken müssen. Hier sprechen die deutschen Bischöfe ganz ohne Rücksicht auf die gefallenen Worte, ja mit voller Absicht geradezu gegen sie das aus, was sie als katholische Ober-

hirten aussprechen müssen, mag es den neuen Staatsleitern genehm sein oder nicht. Der Kirche ist, so betonen sie, nicht nur die Freiheit zur Predigt und Spendung der Sakramente zuzubilligen, sondern alles das, was sie braucht, um den katholischen Menschen zu bilden, also die konfessionelle Schule, die konfessionelle Fortbildung, die Freiheit, die Jugend zu organisieren bis in die Sportvereine, Standes- und Berufsvereine hinein, eine können gleichfalls nicht entbehrt werden. Gleiches gilt für die karitativen Vereinigungen und nicht zuletzt auch für die katholische Presse. In allen diesen Dingen gibt es keine „Gleichschaltung“ und kann keine geben, hier hat urigenes katholisches Leben zu herrschen und uneingeschränkte katholische Entfaltungsmöglichkeit. Hinsichtlich der katholischen Presse und ihrer Freiheit sagen die Bischöfe ausdrücklich: „Soll der neue Staat ein christlicher sein und die katholische Kirche ihre Freiheit genießen, so wird sie auch berechtigt sein müssen, eine katholische Presse zu besitzen. Die Kirche kann auf dieses moderne Seelsorgemittel auf keinen Fall verzichten. Gerade die katholische Presse hat sich immer und überall als staatserkhaltend erwiesen, weil sie jene Grundzüge ihrer Botschaft vermittelt, die die Eingliederung in das Staatsganze und die willige Unterwerfung unter die rechtmäßige Obrigkeit verlangen.“

Unser Weg bisher und weiter. Das zum neuen, überaus bedeutsamen Hirtenbrief der deutschen Bischöfe. Wenn diese Ausführungen etwas sehr lang geworden sind, so liegt das bedingt in der außerordentlichen Bedeutung dieses Hirtenbriefes. Wir stimmen diesem Hirtenbriefe selbstverständlich voll und uneingeschränkt zu, wir begrüßen es als klare Sprache und Stellungnahme, die nach jeder Seite hin Unklarheiten beseitigt haben dürfte, und wir freuen uns feststellen zu können, daß wir glauben, bisher stets und allezeit im Sinne dieses Hirtenbriefes gehandelt zu haben, daß wir in ihm auch weiter handeln werden: Anerkennend, zustimmend und fördernd in allem, was mit unserer katholischen Weltanschauung in Übereinstimmung steht, ablehnend, kritisierend, ja entschlossen bekämpfend alles, was ihr widerspricht, mag es kommen von welcher Seite immer es will. Klarheit, Unerschrockenheit und Charakterfestigkeit, fukend auf unverrückbarem katholischem Fundament, das war bisher allezeit unsere Losung, es wird sie auch in der kommenden Zeit sein. F. St.

Angriffe des Vizekanzlers Papen gegen das Zentrum auf dem Münchener Gesellentag

Auf der Tagung der katholischen Gesellen in München hielt auch Vizekanzler von Papen eine Ansprache, die, soweit sie durch den halbamtlichen Volksdienst verbreitet worden ist, ein einziger Angriff gegen den „deutschen politischen Katholizismus“, d. h. gegen das Zentrum war. Wir geben diese Rede wieder, betonen aber ausdrücklich, daß wir den Ausführungen Herrn von Papens in keiner Weise zustimmen können, daß er die Dinge und die Arbeit des Zentrums völlig falsch sieht und geschneidet, daß er einen winzigen kleinen Teil aus der Zentrumsarbeit, den Kampf für die Gleichberechtigung der Katholiken, als das Hauptziel der Arbeit des Zentrums hinstellt. Zu den Ausführungen des Herrn Vizekanzlers wäre überhaupt viel zu sagen, auch zu seinen „historischen“ Kenntnissen über die Zentrumsarbeit im Kaiserreich. Denn wenn er behauptet, damals habe das Zentrum von defensiver Politik getrieben, so verrät er, daß er von der Geschichte der Zentrumsarbeit herzlich wenig weiß. Wir verzichten auf weiterer Erörterungen, denn wer sehen will, sieht. Uns will aber scheinen, daß Herr von Papen am wenigsten zum Kritiker der Zentrumsarbeit berufen ist, denn er hat ihre Politik bis zum Mai 1932 vollständig mitgemacht, wir haben auch bei ihm in der ganzen Zeit von besonderer schmerzlicher Arbeit aus katholischer Hinsicht heraus wenig gemerkt, und er lehrte ja der Zentrumsarbeit erst den Rücken, als er Nachfolger von Reichkanzler Dr. Brüning wurde und so folgerichtig aus der Partei ausgetreten mußte. — Wir betonen, daß diese Rede, die, wie gesagt, ein einziger Angriff gegen die Zentrumsarbeit ist, ausgerechnet auf dem ersten deutschen katholischen Gesellentag gehalten worden ist, und zwar nachdem gleich eingangs Generalpräses Wgr. Hirth erklärt hatte, daß der katholische Gesellenverein mit Parteipolitik nichts zu tun habe.

Vizekanzler von Papen führte nach dem Volksbericht aus: Es hat eine symbolische Bedeutung, daß Ihr Verband als erster der katholischen Verbände in großer öffentlicher Kundgebung das Bekenntnis zu unserem neuen deutschen Staatsaufbau ablegt. Nur in voller Bewußtsein von überholter Parteigebundenheit werden wir deutschen Katholiken unsere großen Aufgaben erfüllen können.

Was ist der Zweck dieser Tagung? Unmissverständlich muß hier gezeigt werden, welche Aufgaben in der großen geschichtlichen Evolution unserer Tage der deutsche Katholizismus zu erfüllen hat.

Als 1918 das alte Reich zusammenbrach, befand sich der deutsche Katholizismus in einer einzigartigen Lage. Gegenüber der Sündflut des materiellen Sozialismus, gegenüber dem Ansturm der völkisch-sozialistischen Spartaisten schien er die einzig festgefügte Weltanschauung, die nicht nur zu Widerständen bereit, sondern bestimmt war, der Politik der Nachkriegsjahre den entscheidenden geistigen Stempel aufzudrücken.

Schon im alten Kaiserreich hatten die deutschen Katholiken eine nur defensive Politik getrieben. 1918, als nur der kollektivistische Sozialismus auf der innerpolitischen Front gegenüberstand, setzte man trotzdem diese Politik der Defensive fort und erschöpfte sich damit, taktisch-parlamentarische Vorteile zu ergattern und durch eine sogenannte Paritätspolitik die Teilhaberschaft am großen und beherrschenden Apparat der Bürokratie auszubauen. Dabei hatte man übersehen, daß diese personelle Teilhaberschaft nur dann wirksam sein konnte, wenn zugleich die Führung des Staatsapparates in schöpferischen Händen lag. Diese Staatsführung aber — wir müssen das, da deutsche Katholiken maßgeblich daran im Reich und in den Ländern beteiligt waren, mittelstlos feststellen — ist nichts weniger als schöpferisch gewesen. Gerade die Gebiete, auf denen der Katholizismus aus seinem alten Gedankengut heraus hätte geistig führend

sein müssen — funktioneller Aufbau unseres Verfassungslebens, sozialer Neubau der Gesellschaft als Lösung des Problems von Kapital und Arbeit, Herausstellung hoher nationaler Ziele — gerade diese Gebiete veränderten in der Debe des Parteilebens und selbst der tausendjährigen Traum von der Sendung des Deutschen Reiches? fiel der Vergessenheit anheim.

Die parlamentarische Schlüsselstellung des politischen Katholizismus

wurde in völliger Verkennung der Tatsachen als eine unerschütterliche Machtstellung betrachtet und es blieb unbemerkt, daß, während 1919 der politische Katholizismus noch 20 Prozent aller deutschen Wählerkraft aufbrachte, diese Quote 1932 auf nur 11 Prozent gesunken war. So geriet auf dem Wege der rein parlamentarisch-mechanischen Denkweise der in politischen Parteien gruppierte Katholizismus langsam, aber sicher in eine völlig falsche Front, bis durch die Revolution des 5. März der künftige petrefakale Apparat der parlamentarischen Demokratie und mit ihr die Schlüsselstellung der katholischen Parteien zusammenbrach. In jenen Tagen ist es vielen von uns erst klar geworden, wie kleinmütig wir geworden waren, als wir unser politisches Denken nur auf die Erfolge parlamentarischer schwarz-roter Koalitionen richteten, anstatt zu den übernatürlichen Kräften auszuweichen, die in der Fülle unseres Glaubensgutes und in dem unerschütterlichen Vertrauen auf die Gestaltungskraft der Prinzipien des Katholizismus enthalten sind. Und doch wäre dies der Weg gewesen, den die Natur vorgezeichnet hat. Führt doch die Lehre der Kirche nicht auf Abstraktionen, sondern geht unweiblich aus von dem durch Gott geschaffenen natürlichen Geleben. So gilt es heute, uns wieder auf die Rolle zu besinnen, die die geschichtliche Entwicklung hinweist.

Hier liegt die Aufgabe, die auch Ihnen in erster Linie bestimmt ist:

Den Gedanken des Klassenkampfes zu überwinden durch echt deutschen und echt katholischen Aufbau der deutschen Gemeinschaft.

Die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung ist, das fühlen wir, die elementare Voraussetzung für die endgültige Aufrechterhaltung unserer christlichen Kultur schlechthin. Die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung ist deshalb eine so unendlich schwierige Aufgabe, weil wir zwar auf alle, frühere Gedankengänge zurückgreifen können, weil wir aber geistig Verlorenes wieder neuherstellen müssen, weil es sich nicht um eine Fortbildung der entarteten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern um ein Zurückfinden in alten maßgebenden Grundfragen handelt. Wer wäre besser in der Lage, als Ihr, meine Gesellen, zu verstehen, wie notwendig es ist, zu den Grundlagen einer künftigen Ordnung zurückzufahren und die Kampffronten aller im Wirtschaftsprozeß Vereinigten zu einem berufsmäßig geleiteten Wirtschaftsorganismus umzubauen. Gerade hier werden wir deutschen Katholiken siegführend sein können und müssen.

Jede Arbeit muß getragen sein von dem Gedanken der Mitarbeit des Dienstes am Ganzen.

Aus diesem Dienst am Ganzen muß auch die Freiheit von Unternehmer und Arbeiter fließen, sich gesellen zu gemeinsamer gleichwertiger Arbeit.

Amerikanische Zelluloidfabrik in die Luft geflogen

Neun Tote, 180 Verletzte.

W.B. North Arlington (New Jersey), 10. Juni. Bei der Explosion einer Zelluloidfabrik wurden neun Personen getötet und 180 durch das in weitem Umkreis herumfliegende brennende Zelluloid zum Teil schwer verletzt. Mehrere Personen werden vermisst. Die Fabrik und acht Nachbarhäuser wurden durch Feuer zerstört. Ueber Hunderten von Badenden, die sich am benachbarten Flußstrand aufhielten, ergoß sich ein feuriger Mischregen.

So fließt aus Freiheit und Gebundenheit die bildende Kraft ständlicher Verbundenheit im Bereiche der Wirtschaft vom jüngsten Lehrling, vom ungelerten Arbeiter bis zum Leiter des Unternehmens. Im alten deutschen Meer, in SA und SS, im Stahlhelm und in der Reichswehr, überall, wo ein großes gemeinsames Ziel des Dienstes am Volke gesehen wird, gibt es keine Klasse, gilt die Verbundenheit im Ziel, die zweckhafte Ordnung und Unterordnung.

Ich muß es offen und unumwunden aussprechen: Je eher der deutsche Katholizismus, soweit er noch in politischen Parteien organisiert ist, die Formen allen liberalistischen Denkens abgestreift und auf die Verwirklichung, umso eher wird er geistig hineinwachsen in die Gesamtfront des deutschen Volkstums, und umso weniger wird er von denen mit Mißtrauen betrachtet werden können, die heute vielleicht noch glauben, daß wir den geistigen Umbruch unserer Tage nicht bejahen und daß wir unter dem Deckmantel der Katholizität etwa uns in neuen politischen Gruppierungen kapteln wollen. Unser Kanzler hat es unmissverständlich ausgesprochen, daß die Grundlage des neuen Bundes der Nation nur in den unveränderlichen Grundgesetzen unseres christlichen Glaubens gefunden werden können. Die christlichen Bekenntnisse werden daher im neuen Deutschland ihre geistigen Kräfte voll und ungehindert entfalten können, ungehindert denn je zuvor (das wurde gleich schlagend bewiesen durch den Abbruch des Gesellentages D. Schriftstg.). Und deshalb kann es auch für den deutschen Katholizismus heute nicht mehr den Vorwand geben, wir müßten aus Erinnerung der Kulturkampfbitter heraus eine eigene Ausnahmebestimmung im neuen Reich bauen. Heute ist nur volles und uneingeschränktes Vertrauen am Platze. Der Kanzler, ich selbst und alle, die an verantwortlicher Stelle im Reich und in den Ländern stehen, werden Garantien dieses Versprechens sein.

Bismarcks Schaffung des Reiches war ein einmaliger staatsrechtlicher Akt. Hilfers sekulares Ziel, die Wegabnahme nur zur Volkswendung und damit zur Schaffung des neuen Reiches aller Deutschen ist dagegen eine Aufgabe, die täglich neu in Angriff genommen und nur von uns allen in gläubiger Hingabe eines jeden von uns vollendet werden kann.

Eine deutschnationale Führerin in Schutzhaft genommen.

W.B. Breslau, 11. Juni. Wir wir von maßgebender Seite erfahren, ist die Führerin des Landesfrauenauschusses Mittelschlesien der deutschnationalen Front Fr. Z. m. g. a. d. W. r. e. d. e. wegen Agitation gegen das neue Deutschland bei Vortrags- und Sprechabenden in Schutzhaft genommen worden.

Furchtbares Flugzeugunglück auf der Chicagoer Weltausstellung

W.B. Chicago, 11. 6. Ein schweres Flugzeugunglück hat hier 10 Menschenleben gefordert. Ein Amphibien-Flugzeug hatte acht Besatzer der Weltausstellung zu einem Rundflug mitgenommen. Während des Fluges löste sich plötzlich eine der Tragflächen, das Flugzeug stürzte ab und verbrannte. Die beiden Piloten und die acht Passagiere fanden den Tod.

Schweres Unglück des Taurus-Expreß

W.B. Konstantinopel, 10. Juni. Der Taurus-Expreß Adana-Angora ist bei Gischepir entgleist. Die Katastrophe ist hervorgerufen durch Beschädigung des Eisenbahnwaggons infolge starker Überführungen. 12 Reisende sollen getötet sein; 50 werden vermisst, man befürchtet, daß sie ertrunken sind.

Das kirchliche Prozeßionswesen

Der neuesten Nummer des kirchlichen Anzeigers für die Erzbischöfe Köln entnehmen wir folgenden Erlaß über die Ordnung des kirchlichen Prozeßionswesens.

Da die zum Teil Jahrzehnte zurückreichenden kirchenbehördlichen Erlasse betreffend Handhabung der äußeren Ordnung bei Prozessionen und Wallfahrten nicht mehr den besonderen Erfordernissen unserer Zeit zu entsprechen vermögen, außerdem sich im Laufe der Jahrzehnte manche Mißbräuche eingeschlichen haben und ein Mangel der notwendigen Einheitlichkeit die Auffassungen der Gläubigen zu verwirren vermag, so bringen wir hierdurch folgende Bestimmungen zur Kenntnis:

1. Gemäß der genauen Begriffsbestimmung des kanonischen Rechtsbuchs der Kirche sind Prozessionen eine besonders feierliche Form des Bittgebets, das „von dem gläubigen Volk unter Führung der Geistlichkeit zur Belebung der Frömmigkeit, zur Dankagung für empfangene göttliche Wohltaten oder zur Anrufung der göttlichen Hilfe“ (can. 1290) verrichtet wird.

Schon diese erhabene Zweckbestimmung, erst recht wenn sie durch das öffentliche feierliche Bekenntnis zum Glauben an das allerheiligste Sakrament erhöht wird, kennzeichnet die kirchlichen Prozessionen als einen besonderen Ausdruck katholischer Frömmigkeit und Glaubenslebens und damit als eine eucharistische rein religiöse Angelegenheit. Deshalb können für die Form ihrer Veranstaltung nicht persönliche oder korporative Geltungsansprüche, sondern ausschließlich religiöse Gesichtspunkte bestimmend sein.

2. Es sollen daher durch die für die Veranstaltung der Prozessionen allein zuständige Geistlichkeit grundsätzlich nur „das gläubige Volk“, seine hervorragenden Vertreter und seine von der Kirche anerkannten katholischen Vereine zur Teilnahme an kirchlichen Prozessionen aufgefordert, eingeladen oder zugelassen werden.

Auf Grund von Vereinbarungen zwischen den maßgeblichen Stellen des Reiches oder des Staates und der Kirche nehmen je nach den örtlichen Verhältnissen außerdem auch geschlossene Abordnungen von katholischen Angehörigen der Wehrmacht, der Polizei oder ähnlicher, ihrem Wesen nach unabhängig vom religiösen Bekenntnis oder von parteipolitischen Bindungen bestehender öffentlicher Einrichtungen an den kirchlichen Prozessionen, besonders auch an der Fronleichnamsprozession teil. Solche Vereinbarungen behalten auch fernerhin ihre Geltung.

4. Eine ähnliche Sonderstellung, wie gegenüber Abordnungen der Wehrmacht, konnte aus den gleichen Gründen denjenigen Vereinigungen eingeräumt werden, die als korporative Zusammenfassung früherer Angehöriger der Wehrmacht gelten (Kriegervereine).

Ebenso sind vielerorts, besonders in bekennnismäßig einheitlichen Gemeinden, von altersher Ausnahmen gemacht worden durch korporative Zulassung der katholischen Mitglieder solcher nichtkatholischer Vereine, die, wie Schützenvereine, Innungen, Zünfte u. a. auf ursprünglich kirchliche Vereinigungen zurückzuführen sind oder sonstwie eine offensichtliche Verbundenheit mit dem kirchlichen Leben des Ortes aufweisen.

Um an bewährten, altüberlieferten Gewohnheiten nicht zu rütteln, können diese Ausnahmen auch weiterhin bestehen bleiben, wo sie vom Standpunkte des religiösen Lebens aus nicht zu Beanstandungen Anlaß geben und wo insbesondere die Vertreter der beteiligten Vereine diese Verbundenheit mit Kirche und kirchlichem Leben auch praktisch nicht in Frage ziehen.

5. Die Einführung weiterer Ausnahmen sollte jedoch unterbleiben, jedenfalls nicht ohne unsere Genehmigung erfolgen, weil der tiefe Sinn katholischer Glaubensübung bei solchen Veranstaltungen nicht verwischt werden darf und auch nichtkatholischen Vereinen die korporative Teilnahme am Frömmigkeits- und Glaubensleben der katholischen Kirche nicht zugemutet werden sollte.

6. Die korporative Beteiligung von parteipolitischen Organisationen, ganz gleich welcher Richtung sie seien, an kirchlichen Prozessionen muß in Uebereinkunft mit der ausdrücklichen und fortbestehenden Mahnung der Kaiserlichen Hofkapelle vom 28. 3. 1933 wegen der Gefahr, die dieser rein religiösen Veranstaltung als „parteimäßige Demonstration“ zu erscheinen, als unzulässig bezeichnet werden.

7. Zur Mittführung bei kirchlichen Prozessionen kommen nur kirchlich geweihte Personen sowie die Fahnen, Banner, Standarden oder Wimpel der gemäß Ziffer 2-5 korporativ zugelassenen Prozessionsmitglieder in Frage.

8. Nachdrücklich ist dafür Sorge zu tragen, daß auch für die Gläubigen, die nicht den bezeichneten Vereinen oder Verbänden angeschlossen, anreisende und passierende Gelegenheit zur Teilnahme an den kirchlichen Prozessionen und Wallfahrten, erforderlichen Falles abgeordnet nach Geschlecht und Altersstufe, gegeben werde.

Köln, den 8. Juni 1933.

Das Erzbischöfliche Generalvikariat.

Generalpräses Mgr. Hürth auf dem Münchener katholischen Gesellentag

Unser Erster Deutscher Gesellentag ist nicht eine Werbung fürs Kolpingswerk, nicht eine Kundgebung wie tausend andere. Es ist die Erfüllung eines inneren Dranges, ein Herzensbedürfnis, das nach Befriedigung ruft.

Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle mit stärkstem Nachdruck zu betonen, daß

der Katholische Gesellenverein in keiner Weise Bestandteil irgendeiner politischen Partei

ist. Unser ganzes Bestreben nach einem Einfluß im öffentlichen Leben ist einzig und allein von dem Gedanken getragen gewesen, Möglichkeiten zu finden, dem Aufbau des Kolpingswerks zum Aufbau der Familie, zur Aufrichtung einer berufständischen Ordnung, zur Erhaltung wahrer Volkstumswege zu erschließen. So allein und nicht anders ist das zu verstehen, was wir oft genannt haben: „Unseren politischen Willen“. Wir waren stets bemüht, jeglicher Parteiherrschaft gegenüber unsere vollste Freiheit zu bewahren. Es ist uns Ernst mit unserem „Treue Kolping!“

Ich stehe auch hier als Generalpräses der großen weltumspannenden Kolpingsfamilie, und als solcher sage ich euch, ihr Söhne Kolpings aus den verschiedensten Ländern der Erde: Aus Danzig, dem Saargebiet, aus den Niederlanden, aus der Schweiz, aus Österreich, aus Ungarn, aus Eupen-Malmédy, aus Spanien, Südamerika den freudigsten, herzlichsten Willkommgruß!

Wir sind eine Familie,

die groß geworden ist, die allmählich über die Länder der Erde sich ausgebreitet hat, aber doch die eine Kolpingsfamilie geblieben ist.

Und so freue ich mich, euch Kolpingsöhne der verschiedensten Zentralverbände nicht nur als Gäste, sondern als Söhne und Brüder bei euerm älteren deutschen Bruder begrüßen zu können. Stand doch im deutschen Land die Wiege des großen Kolpingswerkes, und war es nicht gerade diese Stadt, in der wir heute tagen, wo der große Adolf Kolping vor fast 100 Jahren seine geistige Heimat gefunden und das geistige Gut gesammelt hat, das er in seinem späteren Werke niedergelegt?

Wir erleben im deutschen Land einen der gewaltigsten Festtage, die Deutschland je gesehen. Es war kein Monarchen- und Fürstentum, kein Fest des Geldes und des Vergnügens, es war ein Festtag der Arbeit, der Leistung, der Berufsschre.

Uns, den Söhnen Kolpings, liegt kein Gedanke so nahe, wie der Gedanke, der das Fest der Arbeit hervorgerufen hat. Darum freuen wir uns dieses Festes und danken dafür, daß es eingeführt wurde.

Im Aufbau des Kolpings steht der entscheidende Satz: „Der Gesellenverein stellt sich mit Bewußtsein in den Dienst eines Renaissances der Gesellschaft auf berufständischer Grundlage.“

Mit tiefer Genugtuung erkannten wir im großen Kundschreiben des Papstes über den gesellschaftlichen Aufbau, wie er in der berufständischen Gliederung des Volkes den Ausweg aus den Wirrnissen einer irreführenden Zeit anbahnt.

Sollte nunmehr nicht Dank, Freude und Stolz unser Herz erfüllen, wenn die Regierung unseres Volkes ein Gesetz vorbereitet, das Wunsch und Ideal des Kolpingswerkes zur Wirklichkeit bringen soll? Wir danken den Männern, die den Mut zu solchem Tun gefunden, und wir wissen, daß Mut dazu gehört.

Mit Stolz stelle ich als Generalpräses mein junges Volk den leitenden Männern vor: Hier steht eine Armee wertvoller junger Männer, die euch versteht, die bereit ist, alles daranzusetzen, um die Voraussetzungen schaffen zu helfen, die einen berufständischen Aufbau möglich machen und möglich erhalten. Wir kennen das Wort Kolpings: „Was nützen die besten Gesetze, wenn die Männer fehlen, die sie gebrauchen können!“

Wir vom Werke Kolpings wollen diese Männer erziehen und formen.

Wir haben den Gesellentag aufgerufen und wollen ihn halten

als einen Dienst am Volke;

und weil kein Unterbleiben im deutschen katholischen Volksteil, aber auch unter unseren Auslandsdeutschen große Beunruhigung hervorgerufen haben würde, und weil wir in diesen Tagen im deutschen Land alles

andere eher extragen können als Beunruhigung und Mißtrauen, darum haben wir uns in ernstem Verantwortungsgefühl entschlossen, trotz großer Beschränkungen unsere Tagung dennoch abzuhalten.

Möge man immer tiefer erkennen und immer höher schätzen, was ein Adolf Kolping in seinem Werk dem deutschen Volk gegeben!

Es hat uns alle tief ergriffen, als beim Aufzug der Banner das junge Volk stolz die Kolpingsfahne in den Saal hineintrug; aber nicht nur die Kolpingsfahne, auch die Banner und Fahnen ihrer Heimatländer.

Aber wenn auch die verschiedensten Länder vertreten sind, in deren Volkstum das Kolpingswerk Wurzel geschlagen, haben wir nicht wie trotz aller Verschiedenheit ein großer einheitlicher Gedanke herausgesprochen.

Es gibt nur einen Katholischen Gesellenverein auf der ganzen weiten Welt!

Eine feine geistige Einheit ist hier gefunden, die dem Volkstum der Souveränität, den berechtigten Wünschen und der naturgewachsenen Eigenart der einzelnen Völker und Nationen ihr volles Recht zukommen läßt, ja, die sie schützt und stützt, und doch in sich etwas wie ein geistiges heiliges Reich darstellt.

Das ist ja auch der tiefste Gedanke, den wir vom Münchener Gesellentag aus ins deutsche Volk hineintrufen wollen: Christus der auferstandene Gottessohn, hat das Kolpingswerk kommen und wachsen lassen in schwerer Zeit, damit es helfe, die Zeit zu heilen. Auf dem Boden unserer alten heiligen Kirche ist der Baum gewachsen, den ein Adolf Kolping gepflanzt und dessen Äste sich breiten über die Länder der Erde.

Und wie wir darum tren stehen zu Volk und Heimat, wie wir in deutscher Treue die Leiter der Geschichte unseres Volkes gründen, so stehen wir in unverbrüchlicher Treue auch zu unserer heiligen Kirche; denn hier liegt die tiefste Quelle unserer Kraft und unserer Einheit. Darum entbieten wir auch den Vertretern der Kirche unseren ehrerbietigen Gruß!

Gott und Volk!

so rufen wir ins deutsche Land. Gott schaffte die Völker und gibt ihnen Sendung und Aufgabe. Auch das deutsche Volk hat seinen Beruf, nicht von irgendwoher, sondern vom allmächtigen Gott! Das wollen wir laut in die deutsche Heimat hineintrufen.

Dieses deutsche Volk, das wir das unsere nennen, es soll nicht in Klassentampf und Parteihader auseinanderfallen, nicht nach Besitz und erblichen Vorrechten sich gliedern, sondern nach dem, was der Mensch nach Leib und Seele am natürlichsten ist: nach seiner Arbeit und seinem Beruf.

Darum unsere Lösung:

Volk und Stand!

Nicht Volk und Klasse; nicht Volk und Masse!

Wie jeder Volksgenosse im Reichsstand seines Berufes seinen Platz findet, so soll er mitarbeiten am Aufbau und Ausbau des staatlichen Lebens, soll sein Ganzes und sein Bestes hineinlegen, daß ein festgestellter, starker Staat ein glückliches Volk umfasse! Ein deutsches Volk, das über das staatliche Gebilde hinaus im Herzen Europas ein hl. Reich erkennt, das unberührt um politische Grenzen in aller Wirklichkeit das Herz Europas ist!

Damit dieses Herz Europas gesund und stark werde und die Völker beglückt, darum sind wir hier und begehen den Ersten Deutschen Gesellentag!

Der stürmische Beifall, der immer wieder während der Rede eingelegt hatte, steigerte sich noch, soweit dies möglich war, zum Schluß der programmatischen Darlegungen, bis das Lied: „Wohlauf Gesellen, schart euch zu Haus!“ ertönte.

Der katholische Gesellenverein, sein Werk und Wirken

Im Zusammenhang mit dem deutschen Gesellentag in München dürften einige Zahlen und Hinweise über die Arbeit des Gesellenvereins interessieren. In Deutschland besitzt der Verein 370 Gesellenhäuser mit rund 20 000 Betten für fähige Bewohner und wandernde Mitglieder mit Ausbildungsverträgen, Unterrichtsräumen und dergleichen. Eine Arbeitsvermittlung des Vereins und eine Auswanderungs- und Siedlungsberatung dienen den Mitgliedern. Im freiwilligen Arbeitsdienst unterhielt der Katholische Gesellenverein im Jahre 1932 90 eigene Lager mit 6 000 Arbeitsdienstlern. Hinsichtlich der beruflichen Ausbildung waren im Jahre 1931 400 Fachabteilungen und 850 Fachkurse mit insgesamt 42 000 Teilnehmern zu zählen. Diese berufliche Erziehung und für die Erleichterung und das Kennenlernen der Erziehungsarbeit im katholischen Gesellenverein. In der Wanderfürsorge wurden im Jahre 1932 387 000 Nachquartere, davon 356 000 unentgeltlich gegeben. Die Kosten der Wanderfürsorge betrugen im gleichen Jahre 408 000 Reichsmark. Außer den oben genannten Gesellenhäusern hat der Verein ungefähr 1 000 gemietete Wanderheime.

Der Katholische Gesellenverein ist aus deutschem Boden und deutschem Geiste erwachsen und hat sich schon z. Bt. Kolpings über das gesamte deutsche Volkstum Mittel- und Osteuropa und der Uebersee verbreitet. Gegründet wurde er von Adolf Kolping mit 7 Mann in der Kolumbiaschule in Köln und zwar selbstamtungsweise am gleichen Tage, als Karl Marx den ersten Kongress der Sozialdemokraten in Köln abhielt. So ist der Gesellenverein die erste antimarxistische, den Klassenkampf bekämpfende Organisation geworden.

Aus den Kräften der Religion wollte Kolping durch den familienhaft aufgebauten Gesellenverein gesunde Volkserziehung und neue gesellschaftliche Ordnung auf dem Wege der Erziehung des einzelnen in Gemeinschaft, Beruf und Volkstum. Adolf Kolping war armer Leute Kind. Als Schuhmachergeselle lernte er die Mühe des Handwerks und der Gesellen der damaligen Zeit am eigenen Leibe kennen. Durch eine entbehrungsreiche Studienzeit in Köln und München arbeitete er sich zum Priesterberuf empor, weil er Volkstümlichkeit und Jugendberuf mit dem Ziel verbinden wollte: „Menschen zu erziehen, die das, was sie sind, ganz und tüchtig sind.“ In dem im Jahre 1921 aus Kolpings Gedanken neugeformten Programm werden Ziel und Aufgabe des katholischen Gesellenvereins dahin umrissen, daß es seine Aufgabe sei:

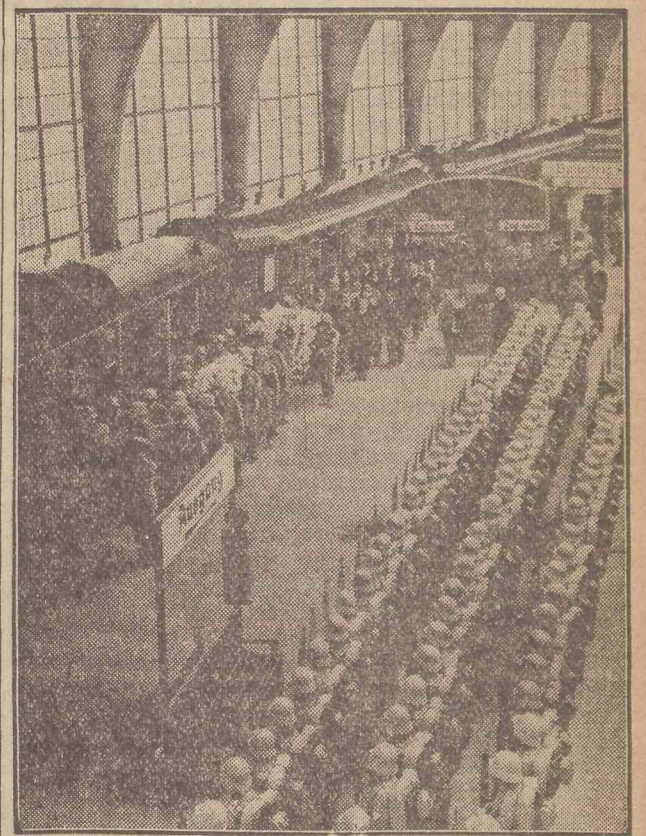
1. zu einem fernigen, lebendigen Christentum zu erziehen;
2. die Mitglieder durch ideelle und praktische Mittel mit der Idee des Berufsarbeiters zu erfüllen im Gegensatz zur marxistischen Auffassung des Lohnarbeiters, um dadurch den sittlichen Grund zu legen zu einem neuen berufständischen Aufbau des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens;
3. vom Berufe aus dem einzelnen zu seiner persönlichen Entfaltung im Dienst des Volksganzen anzuregen und ihm den Zugang zur Kulturgemeinschaft des Volkes und der Nation zu eröffnen. Der Gesellenverein erstrebt diese Ziele auf dem Wege der freien Vereinsfamilie, an deren Spitze der Präses steht. So steht der Katholische Gesellenverein mitten in der großen sozialen und nationalen Erneuerungsbewegung unserer Zeit in Treue zum deutschen Volkstum und zu deutscher Volkskraft, von berufständischem Gestaltungswillen aus deutschem Genossenschaftsgeiste besetzt und von Arbeitsbereitschaft erfüllt für das neuwerdende Reich der Deutschen.

Die Ueberführung der Leiche des ermordeten afghanischen Gesandten.

Berlin, 9. Juni. Die Leiche des afghanischen Gesandten Mohammed Aziz Khan, der vor einigen Tagen einem politischen Anschlag zum Opfer fiel, wurde Freitag nachmittag auf dem Bahnhof Friedrichstraße in einem Sonderwagen des nach Rußland abgehenden Zuges aufgebracht, um in die Heimat übergeführt zu werden. Vor dem Bahnhof war ein Bataillon Reichswehr aufmarschiert, das beim Herannahen dieses Leichenzuges die militärischen Ehrenbezeugungen erwies. Im Festsaal waren nahezu sämtliche Mitglieder des Berliner diplomatischen Korps versammelt. Als Vertreter des Reichspräsidenten war Staatssekretär Dr. Meißner erschienen, vom Auswärtigen Amt Freiherr v. Neurath, Staatssekretär Dr. Meißner legte am Sarge einen Kranz des Reichspräsidenten nieder. Dann folgte ihm der Zug in Bewegung, der die sterbliche Ueberreste des Gesandten über Moskau nach Kabul bringen wird.

In diesem Jahr kein deutscher Vierzelttag.

Frankfurt/Main. Der Deutsche Vierzelttag, der in diesem Jahre in Frankfurt stattfinden sollte, mußte von der letzten Juni-Woche auf den Monat September verlegt werden. Die Verlegung war in Anbetracht der politischen Umstellung erforderlich geworden. In der letzten Zeit sind Zweifel aufgetaucht, ob es möglich sein wird, den Septembertermin einzuhalten. Sollte die September-Tagung abermals verschoben werden müssen, so wird in diesem Jahre kaum noch ein Deutscher Vierzelttag abgehalten werden.



Der letzte Weg des ermordeten afghanischen Gesandten.

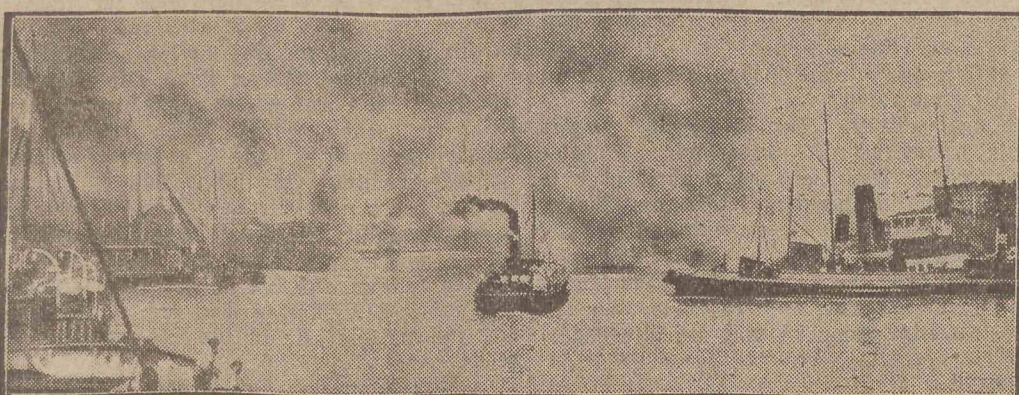
Die Leiche des vor einigen Tagen in Berlin von einem Landsmann ermordeten afghanischen Gesandten Mohammed Aziz Khan wurde vom Moabiters Krankenhaus in feierlichem Zuge nach dem Bahnhof Friedrichstraße übergeführt und im Beisein einer Ehrenwache der Reichswehr zum Zuge gebracht, der die sterbliche Hülle des Gesandten in seine Heimat bringen soll.

Sitz und Führung der SPD müssen in Deutschland bleiben.

BDZ, Berlin, 9. Juni. Wie das BDZ-Büro meldet, hielt die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages am Freitag eine mehrstündige Fraktionsitzung ab, an der sich auch Vertreter der Reichstagsfraktion beteiligten. Ueber das Ergebnis der Sitzung wurde ein Communiqué ausgegeben, worin es heißt, daß in längerer Aussprache die Landtagsfraktion zur politischen Lage Stellung genommen habe. Dabei sei auch die Schutzhaftfrage besonders behandelt worden. Die Fraktion richtete an den Fraktionsvorstand wie auch an die Parteileitung das dringende Ersuchen, nichts unversucht zu lassen, um bei den zuständigen Stellen die Aufhebung und Einstellung der umfangreichen Maßnahmen dieser Art zu erreichen. Weiter fährt das Communiqué wie folgt fort: „Die Gerüchte und Mitteilungen in der in- und ausländischen Presse über eine Verlegung des Sitzes der Leitung der sozialdemokratischen Partei von Berlin nach Prag wurden ausführlich erörtert. Uebereinstimmend fanden diese erörterten Pläne schärfste Zurückweisung. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Sitz der Führung der SPD in Deutschland bleiben müsse.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird morgen zusammentreten.

Schweres Schadenfeuer in Bremerhaven



Unser Bild berichtet von einem Riesenbrand, der in Bremerhaven ein großes Baumwoll- und Fischmehlager vollkommen vernichtete.

Professor Spahns Austritt aus der deutschnationalen Front

Die allmähliche Auflösung der Deutschnationalen.

WM. Berlin, 10. Juni. Der Völkische Beobachter, der in größter Aufmachung über den Austritt des Professors Spahn und der Kampfringführer Dr. Gieseler und Glume aus der deutschnationalen Front berichtet, veröffentlicht einen längeren Auszug aus dem Schreiben Dr. Spahns an den stellvertretenden Führer der D. N. F. v. Winterfeldt.

Professor Spahn erinnert daran, daß er bei jeder sich bietenden Gelegenheit in der Reichstagsfraktion und im Parteivorstand darum gerungen habe, die Fühlung mit Hitler wie mit dem Stahlhelm nicht preiszugeben, die Partei allmählich mit der nationalsozialistischen Bewegung zusammenzuführen, die Führerschaft Hitlers anzuerkennen. Nicht nur das rein zahlenmäßige Ergebnis des Volksentscheides, zu dem die am 30. Januar aufgerichtete Regierung, also auch Hugenberg, aufgerufen hatte, so führt Dr. Spahn weiter aus, sondern der Gesamtverlauf der Bewegung, in die das deutsche Volk seit der Begründung des Reichsausschusses für das Volksbegehren gegen die Young-Verträge durch Hugenberg geraten ist, hat die Führung der notwendig gewordenen Revolution durch Hitler bestätigt. Es ist Pflicht der anderen, die mit ihm die Bewegung entfesselten, diese Führerschaft nunmehr eindeutig anzuerkennen, wenn wir nicht in chinesische Zustände geraten wollen. Hugenberg begründet den Fortbestand der Partei jetzt nur noch damit, daß er sie als Rückenfeste nicht entbehren könne. Alle Aufgabenbereiche außer der Wirtschaftspolitik liegen ganz oder so gut wie ganz brach. Die Partei ist nun noch darum bemüht, sich äußerlich einen Auftrieb zu geben. Die Partei wird infolgedessen draußen im Lande zum Selbstzweck und spielt mit dem Gedanken, in Deutschland eine oppositionelle Bewegung gegen Hitler ins Leben zu rufen, während Hitler den ganzen Gegenbruch des Auslands gegen den von uns mit vorbereiteten und mit zu verantwortenden Umsturz der Innenpolitik auszuhalten hat und mit dem Hervortreten des Gegenjähres zwischen Reich und Deutscher Reichsmessung nach die Stunde schlägt, in der sich das Bismarck-Reich vor der Weltgeschichte zu bewähren hat, entweder von uns vollendet werden oder aber als Trümmerhaufen in sich zusammensinken wird.

Nach bei der letzten Einberufung des Reichstages habe ich Hugenberg die Anregung gegeben, nach der außenpolitischen Rede Hitlers sich unter die Führung des Kanzlers zu stellen und dann im Einvernehmen mit ihm die in der D. N. F. geschlossenen Kräfte umzuordnen und Zug um Zug im neuen Staat dort einzusetzen, wo sie wirken können. Hugenberg hat meine Anregung erörterungslos abgelehnt. Damit war für mich, wie ich gleich in der Fraktionskündigung nach der Rede Hitlers erklärte, die Entscheidung gefallen und ich beziehe mir nur noch den Augenblick vor, wann ich vor meinen Wählern diese Entscheidung erklären und begründen würde.

Die protestantische Bischofswahl — „ein revolutionärer Akt“

Leitung der „Deutschen Christen“ zur Rechtslage.

Um einer Unterredung über die schwebenden kirchenpolitischen Fragen, die ein Vertreter der Telegraphen-Union mit Wehrkreispfarrer Müller und seinen engsten Mitarbeitern hatte, legte Professor Hirsch die Auffassung der deutschen Christen zur Bischofswahl etwa folgend dar: Die Ernennung eines Reichsbischofs bedeute eine Aenderung der Kirchenbundes-Verfassung, die nur durch kirchliche Gesetze möglich sei. Nach dem geltenden Recht könne ein kirchliches Gesetz nicht durch einen einfachen Beschluß der Kirchen erlassen werden.

„Wir haben demnach keinen legalen, sondern einen revolutionären Akt vor uns, für den der Schutz des Artikels 137 der Reichsverfassung (Gewährleistung der kirchlichen Selbstverwaltung) nicht in Anspruch genommen werden kann. Dagegen bleibt in dem Augenblick, in dem die Kirche ihren eigenen legalen Boden verläßt, der Staatsauftritt das Recht der Nachprüfung.“

Der Reichsbischof dürfe innerhalb der preussischen Kirche nicht handeln, weil nach dem Kirchenvertrage bei der Wahl der kirchlichen Führer an den Staat die Frage zu richten sei, ob politische Bedenken vorliegen. Vielleicht, sagte Prof. Hirsch, sei eine Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse nicht ohne einen revolutionären Akt möglich, dann sehe er aber die

Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt hierzu: Wir haben bisher die Austritte aus der DNVP nicht in den Vordergrund der politischen Diskussion gestellt. Das Anwachsen der Austrittsbewegung und die Bedeutung der Persönlichkeiten, die sich jetzt von ihrer Partei losgesagt haben, zieht aber nun das Interesse der Öffentlichkeit auf sich. Es läßt sich nicht mehr verheimlichen, daß in der DNVP eine schwere Krise ausgebrochen ist. Der Verfall der alten Parteienwelt, von dem die Deutschnationalen bisher versichert zu bleiben schienen, hat nun auch auf sie übergreifen.

Im Zuge der großen Revolution sind alle die Voraussetzungen der inneren Zersplitterung, auf denen die alte Parteienwelt letzten Endes fuhte, zusammengebrochen. An ihre Stelle tritt die großartige Wirklichkeit der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, der der 14-jährige Kampf und die beispiellosen Opfer unserer Bewegung gegolten haben.

So ist die Krise der Deutschnationalen Volkspartei für uns Nationalsozialisten nichts anderes, als ein Zeichen des historisch zwangsläufigen Zusammenbruchs einer vergangenen Welt und ein neuer Beweis dafür, daß die Idee des Nationalsozialismus, die eine Totalität ist, heute bereits zum tatsächlich alleinigen geistigen Träger des deutschen Staates geworden ist.

Die Deutschnationale Front zum Austritt Prof. Spahns.

WM. Berlin, 10. Juni. Zu dem Austritt Professor Spahns erklärt die Deutschnationale Front u. a., den Vorwürfen Spahns, die Deutschnationale Front leiste den Gedanken gegenrevolutionärer Strömungen Vorschub und führe zum alten Parteienstaat zurück, müsse widerprochen werden. Es gebe keinen schärferen Gegner des alten Systems als die Deutschnationale Front. Aus dem Namen sei das Wort „Partei“ getrichen, um zu dokumentieren, daß der Parteienstaat überwinden sei. Unter Hugenergs Führung habe die Deutschnationale Front mit unerbittlicher Konsequenz für den Neubau des Deutschen Reiches Seite an Seite mit der NSDAP gekämpft. Diesen Weg werde sie unbeirrt weitergehen, doch werde sie sich dabei die Form ihrer Eingliederung in die nationale Front nicht vordrängen lassen. Trotzdem sich in den Reihen der Deutschnationalen Front sowohl in der Fraktion als auch im Lande seit Monaten ein immer härterer Widerstand gegen Prof. Spahn geltend gemacht habe, bedauere man, daß Prof. Spahn in dieser Stunde die Deutschnationale Front verlasse. Aber, so schließt die Erklärung, das Vergehen dreier Abgeordneter kann an unserer Ueberzeugung nichts ändern, daß die Deutschnationale Front als Vorkämpferin konservativer und christlicher, völkischer und sozialer Staatsauffassung im Werden des neuen Staates eine Aufgabe zu erfüllen hat, die ihr niemand abnehmen kann.

Die Brüder

Ein Roman von Johannes Heinrich Braach, Hildburghausen.

(Nachdruck verboten!) (32)

Zu den wenigen Besuchern, die den Weg zum Halberhofe fanden, gehörte der Gendarmenwachtmeister Mehr. Als eines Nachmittags Gabriel und Philipp mit dem Einern von Rüssen beschäftigt waren, gesellte er sich dazu und unterhielt sich mit ihnen. Er berichtete, daß Gell mit der Erbenhofbäuerin nach Hamburg gereist sei, um sich nach Amerika einzuschiffen. Er behauptete, daß die Tochter Veltigs, Gabriels gewesene Braut, mit einem jungen Mann umherlanierte. Dieser ließe sich Affessor nennen und käme zweimal wöchentlich aus Jena oder der Kreisstadt herüber. Und schließlich meldete Mehr, daß der Förster Seid Wildbiede in seinem Revier festgesetzt habe.

„Die Mitteilung von Gertrud Reife ist das Einzige, was mich fesselt. Sonst nichts, Mehr. Es müßte denn sein, daß es mit der Brandstiftung zusammenhängt. Und vorläufig glaube ich nicht, daß derartige Weibsbilder vorgebracht werden können.“

„Du warst in Untermaßfeld bei deinem Bruder?“

„Ja.“

„Wie erträgt er die Haft?“

„Schlecht. Oder wußt du, daß es einem Menschen, der seit seiner Jugend nur Freiheit kannte, der allein an die unbegrenzte Ausdehnung der Wälder gewöhnt war, und der nur das eine Bedürfnis empfand, in Wäldern und Büchern und Ästen zu schlüpfen und hinauszukriechen in das Fruchttragen der Felder und

in das domähnliche Dach riesiger Daine — glaubst du wirklich, daß einem solchen Gefangenen die Enge der Zelle rabiat ist?“

„Vergleichen und Geist der Anstalt sollen gut sein.“

„Zugegeben. Die neue Zeit hat den Ansinnen Guttaten geschenkt. Man ist menschlicher geworden. Was aber hilft das? Die Gebäude einer ehemaligen Burg stellen ein Zuchthaus dar. Der Mann, der darinnen gefesselt hat, ist ein Zuchthäuser. Es bleibt ihm sein Leben lang an der Stirne geschrieben, daß er minderwertig ist. Karl ist ein Gezeichneteter. Dabei leidet er unschuldig. Ich sage dir, daß er nichts mit dem Verbrechen zu tun hat.“

„Und weshalb seigest du dich an?“

„Weil Beweise wider ihn standen. Trübsal, alberne, dumme Beweise. Deshalb warf ich mich auf. Doch ich machte ich mich selber schlecht. Noch mehr — ich verschärfte die Gründe, die gegen meinen Bruder sprachen. Ich — ich. Gabriel schlug mit der Hacke die er in der Hand hielt, zur Erde, daß das Holz in seinem Saft knarrte und das Eisen bis zum Hest im Boden verschwand.“

„Räht sich das Verfahren nicht von neuem eröffnen?“

„Wir sind dahinter her, aber — es spricht zu viel wider ihn, wider uns. Die Rakette, die an den Armen meines Bruders hängt, ist zu schwer. Es ist nichts zu machen.“

„Will dir was sagen, Gabriel, ich passe auf. Einmal muß die Geschichte aufgedeckt werden. Und du — trage das Schicksal nicht zu hart. Es gibt herbe in dieser Welt.“

„Glaube es nicht. Unehre — Schande — pfui Teufel. Und der Teufel hat satanisch mit uns gespielt.“

„Ein Auto biegt von der Landstraße in das Feld —

Gegenerklärung des Kirchenbundes-Amtes

Gegen die Ausführungen des Prof. Hirsch wendet sich eine Mitteilung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes-Amtes. Darin heißt es u. a.:

„Gegenüber der in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptung, daß die Ernennung eines Reichsbischofs eine Aenderung der Kirchenbundes-Verfassung bedeute, wird von maßgebender kirchlicher Seite darauf hingewiesen, daß die Berufung des Reichsbischofs auf Grund der Locumer Vereinbarungen erfolgt ist. Um diesen Vereinbarungen (modus procedendi) hat Wehrkreispfarrer Müller mitgewirkt und sie durch seine Unterschrift bestätigt.“

Wegen des Hinweises auf Artikel 137 der Reichsverfassung zitiert die kirchenamtliche Darstellung die Locumer Verhandlungen (Kirchliche Weisbuch). Dort heißt es:

„Die Frage von Wehrkreispfarrer Müller, ob nicht eine Mitwirkung oder gar Zustimmung des Reiches bei dem

Reichsbischof in Betracht kommt, wurde von dem kirchlichen Vertreter mit Entschiedenheit verneint. Der Artikel 137 der Reichsverfassung gewährte den Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts die Freiheit in der Bestellung ihrer Ämter unter ausdrücklicher Hervorhebung, daß eine Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden bei der Bestellung nicht in Frage komme. Der Hinweis auf die durch Staatsverträge geschaffene sogenannte politische Klausel wurde damit zurückgewiesen, daß es sich bei dieser um vertragliche Vereinbarungen als Gegenleistung für anderweitige Zugeständnisse handele. So lange eine solche vertragliche Regelung mit dem Deutschen Evangelischen Kirchenbund nicht vorliege, gelte für diesen der Artikel 137 der Reichsverfassung uneingeschränkt. Der Bevollmächtigte des Reichsfanzlers erkannte diesen Rechtsstandpunkt an. Es ist daher völlig unzutreffend, wenn in der Öffentlichkeit behauptet wird, die Wahl des Reichsbischofs sei von der Zustimmung des Reiches abhängig gemacht worden.“

Danziger Nachrichten

Sommerorgen der Hausfrau.

Jede Hausfrau, die es ernst nimmt mit ihren Pflichten als Hüterin der Gesundheit ihrer Familie, muß instand sein, sich auf die Freuden und Leiden der jeweiligen Jahreszeit umzustellen. Das gilt besonders für die Sommerzeit.

Da sind z. B. die Fliegen, die im Sommer nicht nur groß und klein belästigen, sondern in die Milch des Kindes wie in die Speisen der Erwachsenen Krankheitsstoffe hineintragen, wenn man nicht durch Bedecken der Speisen und durch einen regelmäßigen Kampf gegen die Fliegen für ihre Vernichtung Sorge trägt. Mit Fliegenplätzen, mit Fliegenpapieren und wenn möglich mit Fliegensternen aus Drahtgaze gebe man ihnen zu Leide und wehre ihnen den Zutritt. Man schließe jenenbelästigten Fenster und lerne besonders nach Sonnenuntergang für Herstellung von Zugluft.

Überhaupt die Luft in Wohn- und Schlafräumen ist im Sommer wie im Winter ein besonderes Kapitel hausfraulicher Gesundheitspflege. Wenn draußen der Sonne sengender Strahl herniederbrennt, dann halte man zur Erzielung eines kühlen Zimmers die Fenster fest verschlossen und verdundele sie durch Vorhänge und dergleichen. Falls sich es, etwa mittags Türen oder Fenster zu öffnen, damit etwas frische Luft hineinkomme. Nein, da kommt nur umso größere Hitze hinein. Aber morgens abends und möglichst auch in der Nacht soll man die Fenster offenhalten.

Gemüse und Obst, Milch und Kartoffeln, Eier und Käse sollen im Sommer im Küchenschrank der Hausfrau eine ausschlaggebende Rolle spielen. Trotzdem wird man gleich und Wurst nicht entbehren wollen. Hier heißt es aber wieder aufpassen, damit nichts Verderbenes auf den Tisch kommt. Neben dem Küchenschrank der Nahrungsmittel und deren Schutz vor Verunreinigung durch Fliegen muß die Hausfrau wissen, daß vom Fleisch besonders die inneren Organe — Lunge, Herz, Leber und Niere — der Fäulnis durch die Sonnenwärme besonders leicht zum Opfer fallen. Hier empfiehlt es sich, zur Vermeidung von Gesundheitsstörungen das Fleisch bald nach dem Einkauf zu verzehren oder mindestens durch Kochen oder Braten vor Verderbnis zu schützen. Nie hebe man verderbliche Speisen über Nacht auf, sondern laufe nur soviel Schinken ein, als voraussichtlich am gleichen Tage verbraucht werden.

Schützt die blauen Lupinen!

Die Fortverwaltung hat sich mit erheblichen Mühen und Kosten im Olivaer Walde den Anbau der blauen Lupine angelegen sein lassen, die nicht nur der Bodenverbesserung und der Befestigung der Wegeböden dienen, sondern gerade im Frühjahr durch ihre freundlichen blauen Blüten das Auge des Publikums erfreuen soll. Diese Aufgabe kann aber nur erfüllt werden, wenn nicht immer wieder die Blüten in großen Mengen von eigennützigem Spaziergängern abgerissen und dabei die ganzen Anpflanzungen zertritten werden. Selbstbefeindeln und das allgemeine Bestreben, den Wald zu schützen, mögen uns in Zukunft vor solch kurzfristigem Beginnen bewahren ebenso wie vor dem sinnlosen Abreißen von anderen Blüten, Zweigen und Blättern.

Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß ein Stängel hinter dem Vorwerk Leipzig auf den neuen Anpflanzflächen von Beobachtungen so reich mit Lupinen bestanden ist, daß er bereits den Namen der Blauen Berg im Volksmunde führt. Ein Spaziergang dorthin, vielleicht über den neuen Höhenweg, dürfte in den nächsten Tagen sehr lohnend sein, sofern allerseits den Blüten der erforderliche Schutz zuteil wird.

Zugleich sei immer wieder an Vorsicht beim Rauchen und beim Umgang mit Feuer wegen der großen Waldbrandgefahr erinnert.

Vorstandswahl im Kreiswirtschaftsrat Danziger Höhe.

Burandt als Vorsitzender des Kreiswirtschaftsrates abgelöst.

Die Auseinandersetzungen zwischen dem bisherigen deutschnationalen Abgeordneten und Gauleiter des Stahlwerks Burandt und dem nationalsozialistischen Amtsvater auf den Senatspräsidentenposten Nauchning sind noch in aller Erinnerung. Burandt, der eine Reihe Ämter in landwirtschaftlichen Organisationen bekleidet, sollte auf alles verzichten und Stützanhängern Platz machen, was er aber ablehnte. Nunmehr wird von den Nationalsozialisten der Weg der „Neuwahl“ angewendet, um zum Ziele zu gelangen. Am Mittwoch wurde zum Vorsitzenden des Kreiswirtschaftsrates Danziger Höhe an Stelle von Burandt der Gutsbesitzer Kowalle-Ohsenhopf und zu seinem Stellvertreter der Gutsbesitzer Ohl jr. aus Jankensin gewählt.

* Ernennungen zu Amtsvorstehern. Zu Amtsvorstehern sind ernannt worden: Hofbesitzer Ludwig Albrecht in Einlage für den Amtsbezirk Einlage, Kreis Gr. Werder, Rittergutsbesitzer Leo Zeyling in Gr. Paglau für den Amtsbezirk Gr. Paglau, Kr. Danziger Höhe, Wühlensdörfer Max Scheller in Straßin-Prangshin für den Amtsbezirk Straßin, Kreis Danziger Höhe, Besitzer Otto Krejz in Neuendorf für den Amtsbezirk Marienlee, Kreis Danziger Höhe, Besitzer Ernst Ring in Prangenau für den Amtsbezirk Bolkau, Kreis Danziger Höhe, Hofbesitzer Wolf Dodehst in Steegen für den Amtsbezirk Steegen, Kreis Danziger Niederung, Besitzer Reinhold Barth in Niederlommern für den Amtsbezirk Stangenwalde, Kreis Danziger Höhe, und zwar letztere für die Zeit vom 5. November 1932 bis zum 4. November 1933, alle übrigen für die Zeit vom 1. Juni 1933 bis zum 31. Mai 1939.

* Bestandene Prüfung. Die Meisterprüfung haben bestanden: Stellmacher Herbert Moldenhauer aus Kungen-dorf und Schmied Erich Grabowski aus Mierau.

* Silberhochzeit. Am 11. Juni feierte der Hofbesitzer Reimer in Einlage, Kreis Gr. Werder, mit seiner Gattin das Fest der Silberhochzeit. Bereits am 1. Juni konnte der Jubilar sein 25jähriges Ortsjubiläum begehen. Herr Reimer hat mehrere Jahre das Amt des Gemeindevorstehers geführt und ist weit über die Grenzen seiner Gemeinde hinaus geehrt und geachtet.

* Deutscher Handlungsgehilfen-Verband. In der Juni-Mitgliederversammlung konnte der 1. Vertrauensmann Altem den Gauvorsteher Wolkmann aus Königsberg begrüßen, der zu den überaus zahlreichen erschienenen Mitgliedern über die „Aufgaben des DGB in der neuen Angelegenheit“ (NSDAP) sprach. Das gemeinsame Lied „Ich hab' mich ergeben“ leitete zu einer schlichten Abschiedsfeier für den scheidenden Kreisvorsteher-Schub, der in das Saargebiet berufen worden ist. Über Vertrauensmann Altem und Gauvorsteher Wolkmann würdigten noch einmal kurz die durch den Kreisgeschäftsführer Seibe erfolgreich geleistete Arbeit zum Wohle der Danziger Kaufmanns-gehilfen. Viele seiner alten Mitkämpfer erinnerten sich gern an diesem Abend an die gemeinsam geführten Kämpfe, wenn es um die Interessen der Danziger Angelegenheit ging. Musikvorträge der Musikvereinigung im DGB gaben dem anschließenden gemütlichen Beisammensein einen unterhaltenden Rahmen.

weg ein“, unterbrach Philipp das Gespräch, „es steuert hierher.“

„Wer sollte die Leute vom Halberhofe besuchen? Die Schwelle des Hauses ist beschmutzt, es tritt niemand darüber.“

„Doch — ich.“

„Ja du, natürlich, aber sonst?“

„Es ziehen noch andere Monde herauf.“

„Meinst du, daß sie durch den gebracht werden, der im Auto sitzt? Durch Zimmermann, den Grundstücks-makler?“

„Niemand anders scheint es zu sein. Ja — er ist es.“

„Ich bin gespannt, was er zu sagen hat.“

Das Auto hielt am Mande des Aders. Der Makler stieg aus, kieselte durch den abgeernteten Teil des Feldes und trat zu Gabriel.

„Guten Tag, Halberhofbauer. Guten Tag, Mehr. Kaufte vorüber und dachte: muß mal vorsprechen. Wie geht es, wie steht es. Nichts Neues?“

„Es sah vorhin aus“, lachte Mehr, „als ob Sie in den Graben fallen wollten.“

„Viel hat nicht gefehlt. Nur die Breite zweier Finger. Mein Chauffeur ist ausgerückt. Pflöck. Kommt aber wieder. Familienangelegenheit oder so etwas. Muß in der Zwischenzeit selbst am Steuer sitzen. Bedagt mir nicht. Bin zu unruhig, zu nervös. Eine eilige Angelegenheit. Aber — sagen Sie mal, Herr Keller, stimmt das? Ich habe ein Glöckchen läuten gehört. Mir ist eine Nachricht zugegangen worden. Ist sie zutreffend — richtig? Kann ich mich auf ihre Wahrheit verlassen?“

„Auf welche?“

„Nehmen Sie es nicht übel — es ist nicht schlimm — und ich — ich wollte der Angelegenheit nur auf den Grund gehen. Man hat mir auf das festeste versichert, daß Sie verkaufen wollen.“

„Ich?“ Und die erstaunte Frage unterstützte Mehr mit dem Ausruf: „Der Halberhofbauer und ver-kaufen?“

„Ja — ja, man hat es behauptet, man hat es so hartnäckig behauptet, daß ich nicht veräumen wollte, mich nach dem Lauf der Dinge zu erkundigen und Ihnen meine Dienste anzubieten. Mein Geschäft ist reell und seine Verbindung vorzüglich. Ich verspreche, daß ich einen Kauf vermittele, bei dem mehr verdient wird, als Sie anzunehmen imstande sind.“

„Herr Zimmermann“, braute Gabriel auf.

Aber der Makler war schnell mit seinen Worten und fuhr fort: „Nun — seien Sie nicht enttäuscht. Nicht aufgebracht. Es ist gut, daß der Gendarm dabei ist. Ein vorzüglicher Zufall. Er wird meine Ansicht unterstützen und mir recht geben. Oder ist es nicht so, Herr Keller, daß man sich überall den Kopf darüber zerbricht, was Sie eigentlich noch im Lande wollen? Warum kleben Sie an Deutschland? Was geben Sie auf die Menschen, die Sie meiden und lächerhafte Zungen über Sie und Ihren Bruder spitzen? Was suchen Sie hier? Was wollen Sie noch hier? Sie stehen auf bitter verlorenem Posten. Lassen Sie den Zuchthäuser zurückkommen — na ja — es dauert noch eine Weile. Zwei Jahre sind eine lange Zeit — vierundzwanzig Monate gehen nicht wie eine lustige Stunde vorüber — ja — aber lassen Sie den Eingeferkelten heimfinden — hei — wie werden dann die Leute pfeifen und mit schiefen Blicken auf Sie schauen. Überlegen Sie das. Verkaufen Sie. Machen Sie, daß Sie eine neue Heimat finden. Die alte ist für Sie verloren, zerbrochen, begraben.“

„Herr Zimmermann“, drohte Gabriel. Aber der Makler hörte nicht. Er war in Geschäftseifer geraten und stand nicht davon ab, auf die Vorbereitung eines Abchlusses hinzudringen, von dem er sich Vorteile versprach.

(Fortsetzung folgt.)

Aktion zur Trennung von Kirche und Staat in Elsaß-Lothringen

Strasbourg, 10. Juni. Die Bewegung zur Einführung der französischen Laienverfassung in Elsaß-Lothringen entwickelt neuerdings unter dem „Comité d'action républicaine et laïque de Strasbourg“ wieder starke Rührigkeit. Auf einem Kongreß, den das Komitee am Pfingsten abhielt, waren 175 Delegierte aus dem Departement Bas-Rhin, 116 aus Haut-Rhin und 25 aus dem Moseldépartement erschienen. Nach Organisationen setzten sich die Teilnehmer zusammen aus Vertretern des Freimaurerverbandes, der Liga für Menschenrechte, des Freimaurerbundes, des Bundes ehemaliger republikanischer Kriegsteilnehmer, des sozialistischen Lehrverbands, der Ligue d'enseignement, der sozialistischen und der radikalsozialistischen Parte. Es sprachen u. a. Professor Cey von der Universität Strasbourg, Professor Bafsch (Paris), der sozialistische Bürgermeister von Mühlhausen, der Bürgermeister von Gumbelwiller, Foulleuon und der frühere sozialistische Abgeordnete Grumbach.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird von der aus den Wahlen vom Mai 1932 hervorgegangenen Regierung die Einführung der „grundlegenden Gesetze der französischen Republik“ in Elsaß-Lothringen gefordert: des Gesetzes über die Weltlichkeit der Schulen. Diese Gesetze allein

könnten die Freiheit der Bekenntnisse und die Gewissensfreiheit sichern. Die Kongreßteilnehmer erklärten, ohne Arbeit zu machen, für die Verbreitung der Wahrheit über diese Gesetze, die durch eine böswillige reaktionäre Presse Propaganda schändlich verleumdete worden seien. Die Bewegung nahegelegener Einzelblätter machten aus dem Kongreß „eine grandiose Kundgebung der elsäß-lothringischen Völker für eine Aktion gegen den Klerikalismus und für die Gewissensfreiheit“.

Unter den Katholiken Elsaß-Lothringens verhält man nicht die Augen vor den Gefahren, die der kirchenpolitischen Tradition des Landes drohen, zumal die Laienisten glauben, auf die nachhaltige Unterstützung durch die Regierung rechnen zu können. Die starke Zersplitterung des elsäß-lothringischen Katholizismus schwächt außerdem die Abwehrkraft in ungünstiger Weise. Trotzdem darf man hoffen, daß, wenn es ernst werden sollte, sich unter den Katholiken Elsaß-Lothringens wieder der gleiche Einheitsgeist gegen einen Angriff auf die überkommenen Kirchen- und Schulverhältnisse erheben wird, der im Jahre 1924 Herrn Herriot veranlaßte, die Absicht der Einführung der Laienverfassung in Elsaß-Lothringen aufzugeben.

Not und Notbekämpfung einst und jetzt

Von Dr. S. S. Zed, Köln.

Wir stehen heute erschüttert vor der Riesenziffer der Millionen erwerbsloser Menschen. Sie sind für uns ein Problem von furchtbarer Eindringlichkeit und Vielschichtigkeit geworden. Das bedeutet, daß 10 Prozent der Gesamtbevölkerung ohne eigene Arbeit, ohne eigenes Brot sind. Diese Millionen bedeuten, daß hier ein riesiges Reservoir Verbitterung und Radikalismus sich aufstaut, das für Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu einer immer größeren Gefahr werden muß. Diese Millionen Arbeitslosen bedeuten, daß mit ihren Angehörigen an die 15 bis 18 Millionen Deutsche, also etwa ein Viertel des Gesamtvolkes — wenigstens im Augenblick mindestens teilweise Verelendung verfallen sind.

Es gibt niemand im ganzen Volk, der nicht die furchtbare Größe des Arbeitslosenproblems misst und um seine Lösung mitkämpfen würde. Gerade diese Ursache beleuchtet blühartig die völlige Wandlung des Denkens und Empfindens, die sich im vorigen Jahrhundert vollzogen hat. Noch vor 100 Jahren, erst jetzt, wenn wir noch weiter zurückgehen, war Massenarbeitslosigkeit und Massenelend selbst in ungleich größerem Ausmaß kein Problem.

Vom 15. Jahrhundert an gibt es in allen Staaten eine große Masse heillosen, arbeitsfähiger Menschen, die entweder betteln oder verhungern mußten. 1634 hat Paris 65 000 Bettler (= 25 Prozent). Im 1698 hat England bei 5 1/2 Millionen Einwohnern über ein Viertel Bettlerexistenzen, für deren Unterhaltung 16 Millionen Mark durch Armensteuer aufgebracht werden. Daneben besteht der Straßenbettel fort. In Deutschland rechnete man in den geistlichen Gebieten des 18. Jahrhunderts mit 50 Geistlichen und 260 Bettlern je 1000 Einwohner. Teilweise war es noch schlimmer. 1790 zählte Köln über 50 000 Einwohner und 20 000 Bettler; selbst 1845 kamen dort auf 75 000 Einwohner noch etwa 20 000 dem Bettel und weitere 20 000 dem Pauperismus verfallene gewerbliche Existenzen. In Italien (Venedig) wurden 1743 unter 8500 Familien 3162 Almosenempfänger gezählt. In Wien mußten 1683 vor der Türkenbelagerung über 7000 Bettler (= 40 Prozent der Bevölkerung) abgehoben werden.

Jahrhundertlang und in allen Ländern war Massenarbeitslosigkeit von wenigstens einem Viertel bis zur Hälfte der Bevölkerung eine selbstverständliche Erscheinung.

Man sah Massenarbeitslosigkeit und Massenelend geradezu als Zeichen hoher Kultur und großen Reichtums an. Als ein Schriftsteller erklärte, ein Land sei um so barbarischer, je mehr Bettler und Elend sich dort sammle, erklärte Voltaire: „Viel Bettler sei Zeichen höchster Zivilisation. Keine Stadt sei weniger barbarisch als Paris, aber in keiner Stadt gäbe es mehr Bettler.“ Darin steckt insofern etwas Richtiges, weil nur dort, wo Reichtum ist, der Bettler Ausflucht auf Gaben hat. Überall waren die Bettler zu einer solchen Landplage geworden, daß mit zahlreichen und strengen gesetzlichen Maßnahmen eingegriffen werden mußte. Zwischen 1700—1789 zählt die brandenburg-preussische Einkommenssammlung über 50 Erlasse gegen das Bettler- und Vagabundenwesen. Die Formel, „der Bettel nehme je länger je mehr zu“, ist fastehende Redensart geworden. Im 1790 ist es so schlimm, daß Preussenspreußen (so in Hamburg) erlassen werden mußten, um neue Wege zur „Erwehung der Armut“ zu finden.

Wen heute schon nach 3—4 Jahren die Massenarbeitslosigkeit und das Massenelend zu einem Problem wird, welches das ganze Volk bewegt, so muß man fragen,

warum eine viel größere Arbeitslosigkeit, die überdies jahrhundertlang wahrte, keine auch nur annähernd gleiche Sorge ausgelöst hat.

Der Grund ist offenbar ein doppelter. Einmal hatte die mittelalterliche Welt des Abendlandes ihre feste Form, in welcher jedem sein Platz zugewiesen war, auch dem Bettler. Zweitens wird diesen Bettlern die Existenz, wenn auch nicht gesichert, so doch in primitivsten Rahmen ermöglicht, und zwar durch die Caritas. Mittelalterliche Gesellschaftsordnung und Caritas sind nicht voneinander zu trennen. Die eine hat die Existenz der anderen erst ermöglicht; das Fehlen der einen oder anderen hätte aus den festerliegenden vorhandenen sozialen Spannungen längst umwälzende revolutionäre Explosionen hervorgehen lassen.

Veränderungen an den preussischen Hochschulen.

ENB. Berlin, 9. Juni. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt aus dem Bereich der Preussischen Hochschulverwaltung folgende Personalveränderungen mit:

Zum Rektor der Technischen Hochschule in Breslau ist der ordentliche Professor Wilhelm Rein ernannt worden.

Der ordentliche Professor an der Technischen Hochschule Berlin, Dr.-Ing. Gabriel Beder, ist auf seinen Antrag aus dem preussischen Staatsdienst ausgeschieden.

Der Assistent Dr. Konrad Richter ist von der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald als Privatdozent für Geologie und Paläontologie zugelassen worden.

Der Privatdozent Dr. Egermann ist beauftragt worden, in der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald im

Sommersemester 1933 die Vertretung des beurlaubten Professors Dr. Ziegler wahrzunehmen.

Der Assistent Dr. Karl Söller ist von der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin als Privatdozent für Chemie zugelassen worden.

Die Möhlenbrink ist von der Theologischen Fakultät der Universität Königsberg als Privatdozent für alttestamentliche Wissenschaften zugelassen worden.

Der Privatdozent der Medizinischen Fakultät der Universität Halle, Dr. Korten, ist beauftragt worden, in der genannten Fakultät die menschliche Erbkunde und die Rassenhygiene in Vorlesungen und Übungen zu vertreten.

Der Stadtbaurat a. D. Dr.-Ing. Heinrich Erhard ist für das Lehrfach „Städtereinigung, Kanalisationsbetrieb, Müllabfuhr, Müllverwertung, Straßenreinigung“ als Privatdozent der Fakultät für Bauwesen der Technischen Hochschule Aachen zugelassen worden. Seine Lehrbefugnis an der Technischen Hochschule Berlin ist erloschen.

Die Beurlaubung des Professors Dr. Winterstein an der Universität Breslau ist aufgehoben. Prof. Winterstein hat die Leitung des Physiologischen Instituts wieder übernommen.

Nachträgliches zum Verbot des Gessellentages in München.

Das nun erfreulicherweise wieder aufgehobene Verbot des katholischen Gessellentages in München hat nachträglich noch eine interessante Begründung erfahren im „Böllischen Beobachter“ (München), dem nationalsozialistischen Zentralorgan, vom 7. Juni. Da schreibt Gustav Staebbe einen Artikel, der also anhebt:

„Der politische Polizeikommandeur Bayerns, Hg. Himmeler, hat den für kommenden Sonntag in München angelegten katholischen Gessellentag verboten. Damit erfährt die Öffentlichkeit binnen weniger Wochen — nach dem Verbot der Madermann-Versammlung — zum zweiten Male von einem Verbot, jene Volksfeier wieder zu sammeln, deren kirchliche Teile 14 Jahre das durchgeführte Machtwort der katholischen Geistlichkeit sicherte und offenbar jetzt, nachdem sich das ganze Volk geschlossen hinter die Regierung gestellt hat, wieder erhalten soll für den Beginn einer Aktion, deren Ideal alles andere als ein starkes und freies Deutschland ist. Diese hinter politischer Neutralität gesponnenen Pläne rechtzeitig erkannt und dorthin verhindert zu haben, ist das große Verdienst der bayerischen politischen Polizei.“

Der Artikel geht in denselben Gedankengängen dann weiter, um zu folgendem, fettgedruckten Schluß zu kommen: „Mit Religion und Katholizismus haben diese Bestrebungen heute genau so wenig zu tun wie im jetzigen System der Erzberger, Marx und Brüning. Wir beglückwünschen die bayerische politische Polizei, mit den Verböten der Madermann-Versammlung und des katholischen Gessellentages von vornherein eine reinliche Scheidung von Religion und politischer Geschäftsmacherei ermöglicht zu haben.“

Solche Neußerungen sind für die Katholiken außerordentlich beachtlich. Herr Gustav Staebbe lenkt sicher das Thema, über das er schreibt, in keiner Weise; sonst könnte er das religiös-soziale, erzieherische Wesen des katholischen Gessellentages, dieser Gründung eines katholischen Priesters, der selbst Handwerker war und die Not vor allem der Handwerkergehilfen aus eigener Erfahrung kannte, nicht so total verkennen. Es geht nicht an, eine katholische Organisation, deren religiös-katholische, soziale Tendenzen auf der ganzen Welt Anklang gefunden haben, als eine verkappte politische Organisation hinzustellen.

Einschreiten des Reichsfinanzministeriums gegen das Kasseler Notopfer.

ENB. Berlin. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat das Reichsfinanzministerium heute das Ersuchen veranlaßt, um die Erhebung des Kasseler Notopfers, das in der Öffentlichkeit viel besprochen worden ist, zu verhindern. Das Vorgehen des Reichsfinanzministeriums gründet sich auf § 2 des Finanzaußergesetzes, wonach Steuern vom Einkommen nur vom Reich, nicht aber von Ländern und Gemeinden erhoben werden dürfen. Die Stadt Kassel hatte das Notopfer zwar als eine freiwillige Abgabe bezeichnet, gleichzeitig aber bekanntgegeben, daß jeder, der es nicht entrichtet, durch Maueranschlag öffentlich angeprangert werden solle.

Leichtathletische Kreismeisterschaften

Guter Sport

Heraus zu den Kreismeisterschaften! Zeigt eure Leistungen! War dieser Ruf des Leichtathletikausschusses nicht reichlich früh erfolgt? Erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit ist den Sportlern ihre diesjährige spezielle Sommertrainingszeit vergönnt worden. Und doch wurden Leistungen erzielt, die im allgemeinen den vorjährigen nichts nachstanden, in zwei Disziplinen waren sogar neue Kreisrekorde zu verzeichnen. Das sind die Ergebnisse der Winterarbeit und zeitig begonnener planmäßiger Sommertrainingsarbeit. Etwas anderes noch zeigten die Kreismeisterschaften. Die Deutsche Jugendkraft legt von jeher größten Wert auf die Erleichterung der deutschen Jugend, doch zunehmend auf breiter Basis, große Volkssportler sollen herangezogen werden und jeder soll Durchschnittsportler sein, soll Durchschnittsleistungen erzielen. Kanonenkult lehnt sie ab. Den Segen ihrer Arbeit hat sie gewertet. Wenn die Leistungen keine Spitzenleistungen sind, das sollen sie auch nicht sein; aber die große Zahl der in den verschiedensten Disziplinen startenden Leichtathleten zeugt gleich ansehnliche Leistungen. Zu erst schien der Wettergott es mit der Veranstaltung sehr gnädig zu meinen, wurde aber bald anderen Sinnes und nur zu häufig wechselten Regen und Sonne mit Sonnenhitze. Die Organisation, die unter der Obhut des Oberlehrers Gerig stand, klappte hervorragend, aber unter den Verhältnissen kann auch die beste Einteilung Verzögerungen nicht vermeiden.

Der neue Kreisvorsitzende, Geilf. Studienrat Dr. Rajala, eröffnete die Veranstaltung. Sein Gruß galt den in so großer Zahl erschienenen aktiven Sportlern, der großen Zuschauermenge, insbesondere aber dem bis herigen Kreisvorsitzenden Vikar Kroll sowie dem Leiter der katholischen Jugend Danzigs, Dr. Muxiol. Dr. Rajala gab den Beschluß des Kreisvorstandes bekannt, daß Vikar Kroll, der in unermüdlicher Anstrengung sich um die Deutsche Jugendkraft bemüht hat und dem die Deutsche Jugendkraft ihr Ansehen und ihre gesamte Entwicklung hier im abgetrennten deutschen Danzig verdankt, zum Ehrenvorsitzenden des Kreises Danzig der Deutschen Jugendkraft ernannt worden ist. Dies als Zeichen der Anerkennung und Dankbarkeit für die Verdienste, die Vikar Kroll sich durch seine aufopfernde Bereitschaft um das Gelingen der Deutschen Jugendkraft erworben hat. Das Deutschlandland leitete dann anschließend den Freiübungen und den sportlichen Wettkämpfen über. Im Verlauf der Kämpfe erfreute die Kreisriege mit ausgezeichneten Leistungen. Durch Lautsprecher wurden die Zuschauer über die erzielten Leistungen stets auf dem Laufenden gehalten.

Die Wettkämpfe brachten folgende Resultate:

100 Meter: 1. Singe-Diva 11,8 Sek.; 2. Knoblauch-Germania 11,9; 3. Vikar-Dra-Mischotland 12,2. — 200 Meter: 1. Singe-Diva 24,2 Sek.; 2. Heiber-Dra-Mischotland 25,3; 3. Biganoff-Germania 25,6. — 400 Meter: 1. Schimanf-Werder 58,1 Sek.; 2. Grzenkowitz-Diva 62,2; 3. Köhler-Langhuf 64,7. — 800 Meter: 1. Kaskowitz-Werder 2:12,1 Min.; 2. Franz Schloß-Diva 2:17,9. — 1500 Meter: Blumh-Böhen 4:15,3 Min.; 2. Borchardt-Werder 4:47,7; 3. Dewolff-Diva 4:47,9. — 3000 Meter: 1. Reinhold Hallmann-Diva 10:28 Min.; 2. Borchardt-Poppel 10:36,5; 3. Hoff Hallmann-Diva 10:55,3. — 4 mal 100-Meter-Staffel (Kreisbestleistung): 1. Dra-Mischotland 48,9 Sek.; 2. Germania I 49; 3. Diva 49,2. — DRA-Staffel: 1. Dra-Mischotland 3:49,6 Min.; 2. Werder 3:50; 3. Bröhen 3:54 (Dra-Mischotland wegen Behinderung auf den 2. Platz disqualifiziert). — 3 mal 1000-Meter-Staffel: 1. Werder I 9:005 Min.

Ein neues Verbot.

Ein Vortrag des bekannten katholischen Biologen Prof. Dr. Hermann Madermann (der bekanntlich seinerzeit auch hier in Danzig vor allen Konfessionen gesprochen hat) über „Die Rasse im völkischen Staat“, der am 12. Juni ebenfalls im großen Hörsaal der Universität München gehalten werden sollte, ist verboten worden.

Erklärung des katholischen Gessellentages zum Horst-Wessel-Lied.

München, 9. Juni. Gelegentlich einer heute vom katholischen Deutschen Gessellentag veranstalteten Kundgebung wies der Organisationsleiter im katholischen Gessellentag Winzler-Röhl auf Gerüchte hin, als hätten Gessellentagsmitglieder das Horst-Wessel-Lied mit unlegitem Text gesungen. Im Namen des Generalpräbids und der gesamten Gessellentage betonte der Redner, daß so etwas in keiner Weise geduldet würde, wenn es tatsächlich vorgekommen sein sollte. Der Gessellentag achte das Kampflied der großen deutschen Bewegung und würde sich nie dazu hergeben, es irgendwie zu mißbrauchen. Sollte ein solcher Mißbrauch trotzdem vorgekommen sein, so habe der Gessellentag nichts damit zu tun, und es würden alle Mittel angewandt, um Mißbräuchen entgegenzutreten.

* Schwarzhändler festgenommen. In Schidlich wurde ein Schuppopsen darauf aufmerksam gemacht, daß eine fremde männliche Person in der Oberstraße von Haus zu Haus gehe und Textilwaren zum Kauf anbiete. Der Beamte begab sich zur Oberstraße und bemerkte auch bald den Schwarzhändler. Als dieser den Beamten erblickte, veruchte er fortzulaufen. Er wurde jedoch von dem Beamten eingeholt und zur Polizeiwache gebracht. Er wurde dort als der polnische Staatsangehörige S. S. aus Gdingen festgehalten der zwei Pakete Stoffwaren bei sich führte und diese ohne behördliche Erlaubnis im Hausierhandel absetzen wollte. Ueber die Herkunft der Waren vermochte S. keine befriedigenden Angaben zu machen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Waren irgendwo gestohlen wurden, was der Schwarzhändler allerdings bestritt.

* Verein für Hundfreunde. Der Verein der Hundfreunde für die Freie Stadt Danzig E. V. (D. C.) hielt am Donnerstag, dem 8. d. M., in seinem Klubheim Bismarckstraße seine Monatsversammlung ab. Nach Verlesen der letzten Protokolle wurde zur Tagesordnung übergegangen. Neu aufgenommen wurden acht Mitglieder. Austritte waren zwei gemeldet. Sportfreund Engel hielt einen Vortrag über das Verhalten der Führer bei der Prüfung und das Arbeiten auf dem Übungsplatz, welcher allgemeinen Beifall fand. Nachdem unter Punkt Verchiedenes noch die am 25. d. M. stattfindende Schuppopsenprüfung und Sonnenwendfeier besprochen waren, schloß der Vorsitzende D. Schmidt die Versammlung.

* Ein weiterer Ausbau der Lagereinrichtungen in Gdingen wurde auf der letzten Sitzung des Senatrates in Gdingen beschlossen. In der Hauptsache handelt es sich um die Bereitstellung eines Grundstückes von 200 000 Quadratmetern für Holzlagerung und Holzumschlag, das mit seinem besonderen Gleisanschluß und Umschlageneinrichtungen versehen werden soll. Außerdem soll ein großes Transitzmagazin am Franzensai gebaut werden und ein weiteres Frühlingslager an der Wilfmannole. Der Ausbau der Freihafenzone soll beschleunigt werden.

150-Kilometer-Straßen-Radmeisterschaften

Bruno Tonn (Eingefahrer) Gaumeister 1933.

Der Gau Freie Stadt Danzig im Bund Deutscher Radfahrer fuhr am Sonntag seine Straßenmeisterschaft aus. Der Start war um 5 Uhr am Petershagener Tor. Die Strecke führte über Dra, Mahlau, Straßburg, Bittenburg, Gr. Trampfen, Gr. Goltzau, Sobowik, Hohenstein, Kriesshof, Herrengrün, Bums, Wollsch, zum Ziel Rückfort. In Abständen von drei Minuten fand der Start statt. Bis auf zwei Kleinere, leichte Stürze auf der schlüpfrigen Straße Sobowik, nahm das Rennen einen guten Verlauf. Die vorjährige Zeit von 4 Std. 56 Min. konnte nicht verbessert werden. Der vorjährige Gaumeister Tonn vom R. B. Poppel, mußte infolge Seitenstich auf der ersten Runde aufgeben. Auch Staßdorf mußte in der letzten Runde aufgeben. An aussichtsreicher Stelle lagen bis zur zweiten Runde Zander und Staßdorf, beide vom Männer-Victoria-Bereim. Bei der dritten Runde, welche durch die Niederung führte, hatte Tonn einen Vorprung von etwa fünf Minuten, so daß ihm der Sieg sicher war. Tonn und Kluge benutzten zum ersten Male die in Deutschland und im Ausland gut bewährte Dreigangschaltung. Besonders anzuerkennen sind auch die Leistungen des Herbert Dood, welcher diese große Strecke auf einem Tourenrad fuhr, und nur 3 1/2 Minuten hinter dem Gaumeister lag. In der zweiten Runde gelang es Kluge vom „Fisch auf“ die Spitzengruppe zu erreichen, fiel dann aber wieder zurück. Der Sieger Bruno Tonn erhielt neben dem Titel Gaumeister, einen Kranz mit Schleife, die Armbinde und eine vergoldete Medaille.

Ergebnisse: Bruno Tonn (Eingefahrer), 5 Std. 17 Min.; 2. Joh. Kluge, „Fisch auf“, 5 Std. 20,21 Min.; 3. Herbert Dood, Danziger Radfahrer-Club von 1885, 5 Std. 20,87 Min.; 4. Poppel Zander, Männer-Victoria-Bereim, 5 Std. 41 Min.; 5. Erich Thormann, „Fisch auf“, 5 Std. 42,80 Min.

Was erwartet Polen von der Weltwirtschaftskonferenz? Weitgehende Forderungen, aber geringes Entgegenkommen.

Die in den letzten Wochen in Polen gepflogene lebhafteste Diskussion der Probleme, welche die Weltwirtschaftskonferenz beschäftigen werden, erreichte auf der vom 18. bis 20. 5. 1933 in Warschau veranstalteten Tagung des durch den Regierungsblock einberufenen Kongresses der Polnischen Wirtschaft ihren Höhepunkt. Der Kongress hat ebenso wie die ihm vorausgegangene Debatte gezeigt, daß die Regierung und die maßgebenden Wirtschaftskreise Polens unentwegt weiter der Auffassung huldigen.

Polen habe nichts zur Wirtschaftskrise beigetragen und könne auch von sich aus zur Behebung der Krise nichts tun.

Auch ein von der Warschauer Industrie- und Handelskammer auf Grund einer Initiative des Ministeriums für Industrie und Handel gefasster programmatischer Beschluß deutet darauf hin, daß die polnische Delegation in London zu denjenigen Delegationen gehören dürfte, die mit leeren, aber dafür um so offeneren Händen eintreffen werden. In diesem Beschluß werden die folgenden Forderungen aufgestellt: 1. eine internationale „Entschuldung“, 2. die Stabilisierung der Währungen, 3. die Aufhebung der Beschränkungen des Devisenhandels und 4. die „tatsächliche Rückkehr zum freien Umlauf und zur normalen Verteilung der Kapitalien“ sowie die freie Wandermöglichkeit für menschliche Arbeitskräfte.

Die Durchführung dieses Programms würde Polen keine Opfer auferlegen, wohl aber ihm eine Reihe von Vorteilen bringen.

Von einer „internationalen Entschuldung“ kann Polen als Schuldnerland nur gewinnen. Die polnische Währung ist stabilisiert; aber die Ausfuhrwaren einer Reihe von Ländern mit entwerteter Währung machen dem polnischen Export empfindliche Konkurrenz. Der Devisenhandel unterliegt in Polen keinen Beschränkungen, wohl aber in einer Reihe wichtiger Nachbarländer Polens. Als Kapitalgeber oder Beschäftigter fremder Arbeitskräfte kommt Polen nicht in Frage; wohl aber als Kapitalnehmer und Lieferant von Arbeitskräften. Dagegen erklärt die Kammer in demselben Beschluß, daß Polen sich für „Sindernisse der wirtschaftlichen Nützlichkeiten“ wie z. B. durch einen Zoll-Waffenstillstand nur dann aussprechen sollte, wenn das für den 11. 10. 1933 in Aussicht genommene Inkrafttreten des neuen polnischen Zolltarifs mit seinen großenteils prohibitiven Zollerhöhungen hiervon nicht berührt werden würde. Das Ministerium für Industrie und Handel macht kein Geht daraus, daß auch diese letztere Formulierung durchaus seinen Intentionen entspricht.

Die Aufrechterhaltung der Goldparität der polnischen Währung auf Grund der zweiten Goldstabilisierung von 1927 ist einer der elementarsten Grundzüge der Wirtschaftspolitik des gegenwärtigen Regimes in Polen.

Diesem Grundzug sind in den letzten Jahren vor allem durch den von der Regierung geförderten systematischen Dumping-Export sehr bedeutende Opfer gebracht worden. Die polnische Regierung ist überzeugt, daß sie im Falle einer neuerlichen Entwertung des Zloty die Lage nicht in der Hand behalten würde und daß bei der besonderen Struktur der polnischen Wirtschaft alle Maßnahmen gegen Kapitalflucht, Gold- und Devisenflucht, Devisenbankrott usw. das Absinken des Zloty ins Bodenlose nicht aufhalten würden. Diese Bedenken sind um so größer, als in Polen der Staat durch seine Banken der weitest- aus größte Kreditgeber ist und daher der nächste und sicherste Verlierer bei einer Zlotyentwertung sein würde. Auf der anderen Seite überlegen die Devisenbestände der Bank Polki das gesetzliche Minimum von 30 Prozent um 15 Prozent und ist bei Fortdauer der gegenwärtigen Lage eine rasche Verminderung dieser Bestände nicht zu erwarten.

Der polnische Außenhandel ist seit dem Beginn der Krise in Polen dauernd aktiv.

Polen zeigt daher ein lebhaftes Interesse an der Aufrechterhaltung der Weltwirtschaft und will sein Handelsvertragsystem nur insoweit umstellen, als es in Zukunft seine Zugeständnisse fremden Staaten möglichst proportional deren Anteil an der polnischen Ausfuhr gewährleisten will.

An Kompensationsabkommen und Clearing- bzw. Verrechnungsverträgen besteht nur gegenüber solchen (vor allem überseeischen und Balkan-) Staaten Interesse, mit denen sich der Handel Polens passiv gestaltet oder die überhaupt als Abnehmer polnischer Waren ausfallen drohen.

Das Kompensations- und Verrechnungsprinzip als Grundlage der Außenhandelspolitik aber wird entschieden abgelehnt.

Da keine generelle Verwirklichung des polnischen Ausfuhrüberschusses und damit die Ausgeglichenheit der polnischen Zahlungsbilanz beseitigen müßte. Die Sorge um diesen Ausfuhrüberschuss ist es auch, welche die Regierung — von den großen Ein-

flüssen der Industrie auf das Regime ganz abgesehen — jede Herabsetzung der polnischen Industriezölle oder einen Abbau der Einfuhrverbote entschieden ablehnen läßt.

Sinter diesen Problemen

stehen für Polen die Preis- und Schuldenfragen an Bedeutung weit zurück.

Eine Preissteigerung durch inflatorische Maßnahmen lehnt die Warschauer Regierung entschieden ab. Das Institut für Konjunktur- und Preisforschung hat in seinem letzten Bericht der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Krise in Polen nur durch einen Wiederbeginn der Investitionstätigkeit, durch eine Belebung von der Produktions- und nicht der Verbrauchseite her behoben werden könne. Ein aktuelles Problem der kurzfristigen Verschuldung Polens gegenüber dem Ausland, mit dem in London aufgewartet werden könnte, besteht nicht.

Die Handelsbilanzen der Ostsee-Staaten.

Die Handelsbilanzen der skandinavischen Länder und der Randstaaten für das erste Vierteljahr 1933 zeigen folgendes Bild:

Schweden schließt mit einem Einfuhrüberschuß von 59,1 (82,0) Mill. Kronen. Einfuhr und Ausfuhr sind nur unwesentlich zurückgegangen. Die Gesamteinfuhr fiel von 276,8 auf 247,4 Mill. Kronen, die Gesamtausfuhr von 194,8 auf 187,3 Mill. Kr. Von den Veränderungen im Außenhandel wurden hauptsächlich England und Deutschland betroffen. Der Handel mit Deutschland wurde beschränkt, der Wirtschaftsaustausch mit England zu fördern gesucht. Der schwedisch-englische Außenhandel schließt mit einem Plus von Mill. Kr. zugunsten von Schweden.

Die dänische Einfuhr beträgt 288,3 (313,7) Mill. Kr., die Ausfuhr 273,9 (284,7) Mill. Kr. Die dänische Einfuhr aus Deutschland fiel im März von 28,6 auf 24,8 Mill. Kr., dagegen stieg die Einfuhr von England von 21,5 auf 29,1 Mill. Kronen. Norwegen hat für 152,3 (162,5) Mill. Kr. importiert; die Exporte stiegen von 137 auf 140,2 Mill. Kr.

Von den Randstaaten wird Lettland von der rückläufigen Ausfuhr am stärksten betroffen. Sie sank im ersten Vierteljahr gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres von 23 auf 13,8 Mill. Lat, während die Einfuhr nach Lettland mit 16,6 Mill. Lat (18,5) sich annähernd hielt. Die lettische Handelsbilanz lag mit 3,8 Lat passiv; im ersten Vierteljahr 1932 konnte dagegen noch ein Plus von 4,5 Mill. Lat ausgewiesen werden. Estland hat eine leichte Passivität von 0,4 Mill. Lat ausgeglichen. Die Einfuhr wird mit 6,1 Mill. (8,6), die Ausfuhr mit 6,2 (8,2) Mill. Kr. bewertet.

Einen günstigen Abschluß verzeichnet Finnland, das für die Berichtszeit einen Exportüberschuß von 122,5 Mill. Fmk. erzielt hat. Die Importe stiegen zwar von 506,4 auf 662,5 Mill. Fmk., die Exporte konnten jedoch mit 785,0 Mill. Fmk. (799,8) fast auf der gleichen Höhe gehalten werden. Finnland befindet sich, gemessen an der allgemeinen Lage der Ostsee-Staaten, relativ in günstiger Position. So konnten Januar/März 1933 bereits 370 000 Stbs. Holz für Lieferung im laufenden Jahre verkauft werden, während in der entsprechenden Zeit des Vorjahres nur 185 000 Stbs. abgegeben waren. Wenn auch für die weitere Entwicklung in der nächsten Zeit keine Prognosen gestellt werden können, so hat es doch den Anschein, als ob Finnland auch aus den englisch-russischen Gegensätzen profitieren sollte.

Während alle Ostseestaaten im allgemeinen eine bedingte Einfuhrdrosselung betreiben, steht Rußland die Politik der unbedingten Drosselung aller Einfuhren fort, die im übrigen in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 schon recht augenfällig wurde. Bisher liegen nur die Abschlußzahlen vom Februar d. J. vor. Danach befreit sich die Ausfuhr auf 35 Mill. Rubel (40,1), die Einfuhr ist jedoch von 52,5 auf 24,3 Mill. Rubel gesunken.

Der Schiffbau in der Sowjetunion.

Ueber die Entwicklung des Schiffbaues der Sowjetunion berichtet eine sowjetrussische amtliche Aufstellung, daß im Jahre 1924 mit dem Bau der ersten Sowjetschiffe auf den Leningrader Werften begonnen, und 1925 die ersten sowjetrussischen Holztransportschiffe vom Stapel gelassen wurden. In den Jahren 1926 bis 1928 wurden zwölf Schiffe mit insgesamt mehr als 45 000 Tonnen Schiffsraum erbaut; in den folgenden vier Jahren weitere 78 Schiffe mit mehr als 20 000 Tonnen Schiffsraum. Im Jahre 1932 wurde ein Personendampfer mit 11 000 Tonnen Schiffsraum in Bau genommen. Die Baufristen der Schiffe konnten von 10—18 Monaten bis auf 6—8 herabgesetzt werden. Auch Schiffsmotoren, Dieselmotoren, Dampfmaschinen usw. werden jetzt in der Sowjetunion gebaut.

Es sind auch 150 Flugdampfer erbaut worden. Für leichtere Gewässer werden Gleitboote gebaut.

Rückgang der Einnahmen der polnischen Eisenbahnen.

Nach den Angaben des Verkehrsministeriums betrug der Rückgang der Einnahmen der polnischen Staatsbahnen im Laufe von zwei Jahren auf dem Normalniveau die Summe von 116 Millionen Zloty, das sind 32 Prozent im Vergleich zu den Einnahmen aus dem Jahre 1930. Dieser Gehalt wurde gedeckt durch eine entsprechende Verminderung der Ausgaben für den Betrieb der polnischen Eisenbahnen, die 119 Mill. Zloty betrug. Dies ermöglichte es, die Bilanz im Gleichgewicht zu halten, trotz der Erhöhung der Ausgaben für Abzahlungen um 28 Mill. Zloty. Die Exploitation der Schmalspurbahnen, die besonders schwer unter der Wirtschaftskrise und der Konkurrenz des Kraftwagenverkehrs leiden, weist weiterhin einen Gehalt auf, wie schon seit einer Reihe von Jahren.

Schiffe im Danziger Hafen.

Eingelaufene Schiffe.

Am 11. Juni 1933:

Schwed. D. „Borgholm“ (218) von Gdingen leer (Vergenske). Dän. D. „Haffnia“ (1159) von Kopenhagen leer (Polko). Norw. D. „Bravore“ (855) von Stolpmünde mit Gütern (Ram).

Am 12. Juni 1933:

Dtsch. D. „Heinrich Rodens“ (1527) nach Lübeck leer (Reinholt). Schwed. D. „Nordby“ (537) von Karlstad leer (Atlant). Schwed. D. „Boden“ (1969) von Lulea mit Eisenerze (Behnte u. Sieg). Dän. D. „Freja“ (3416) von Kopenhagen leer (Polko). Estl. D. „Jita“ (300) von Glasgow leer (Mts). Ztl. D. „Anjora“ (3590) von Stettin leer (Balt.). Norw. D. „Hardy“ leer (Polko). Poln. D. „Lwow“ (Ram). Tschsch. D. „Little evy“ (Ram).

Ausgelaufene Schiffe.

Am 10. Juni 1933:

Dtsch. M.S. „Enil“ (100) nach Bernau mit Zuder (Vergenske). Dtsch. M.S. „Amazone“ (60) nach Valborg mit Hafer (Balt. Lloyd). Dtsch. M.S. „Wilhelmine“ (65) nach Moedvig mit Kohlen (Balt. Lloyd). Dtsch. D. „Zmatra“ (544) nach Wismar mit Gütern (Venzat). Schwed. D. „Castor“ (406) nach la Palice mit Holz (Behnte u. Sieg). Finn. D. „Poseidon“ (408) nach Helsingfors mit Gütern (Ram). Dtsch. D. „Lisebeth“ (430) nach Hamburg mit Gütern (Promo). Dän. D. „J. C. Jacobsen“ (740) nach Kopenhagen mit Gütern (Reinholt). Dtsch. M.S. „Gulst“ (72) nach Alus mit Getreide und Getreide (Vergenske). Dtsch. D. „Zndra“ (756) nach Rouen mit Kohlen (Artus). Dtsch. D. „Themis“ (274) nach Bremen mit Gütern (Wolff). Dän. D. „Lagerak“ (754) nach West-Hartlepool mit Holz (Vergenske). Schwed. D. „Egon“ (291) nach Helsingfors mit Gütern (Behnte u. Sieg). Dtsch. D. „Anemarie“ (180) nach Hamburg mit Gütern (Promo). Dtsch. D. „Cremor“ (538) nach Wentsloto mit Gütern (Venzat). Poln. D. „Tczew“ (344) nach Rotterdam

Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Geld) und 122,00 Gulden (Brief).

Im Freiverkehr: Reichsmarknoten: 114,50 bis 117,00; Auszahlung Berlin: 119,00—120,00; Kabel New York: 4,18—4,22.

Danziger Devisen

	10. 6.	9. 6.
Scheck Lond. Pfd. Sterl.	17,92	17,36
Auszahl. Lond. 1 Pfd. St.	57,44	57,56
„ Warschau 100 Zloty	—	57,45
„ New York 1 Dollar	—	57,56
„ Berlin 100 RM.	—	—
„ Paris 100 Fr.	20,1550	20,1950
„ Helsingfors 100 fm.	—	20,1650
„ Stockholm 100 Kr.	—	20,2050
„ Kopenhagen 100 Kr.	—	—
„ Oslo 100 norw. Kr.	—	—
„ Amsterdam 100 hfl.	—	—
„ Zürich 100 Franken	98,95	99,05
„ Brüssel/Antwerpen	—	98,95
„ 100 Belg.	71,33	71,47
„ Wien 100 Schilling	—	—
„ Prag 100 Kr.	—	—

Noten:
Poln. Noten 100 Zloty 57,46 57,58 57,46 57,57
Dollar-Noten 1.
von 5—100 1 Dollar
Reichsmark (100 RM.) — — — —

Danziger Effekten.

In Danziger Gulden notiert

10. 6. 33 9. 6. 33

Festverzinsliche Wertpapiere:

a) ohne Zinsberechnung:

7% Danziger Stadtanleihe von 1925 — G 2) — 2)

6 1/2% Danziger Staats- (Tabakmono- pol)-Anleihe von 1927 — G 2) — 2)

5% Roggenrentenbriefe — 1) — 1)

b) mit Zinsberechnung:

6% (bish. 8%) Danziger Hypothek. Bank Kommunal-Obligationen — 2) — 2)

6% (bish. 8%) Danziger Hypothek. Bank-Pfandbrief Serie 1—9 — 2) — 2)

6% (bish. 8%) Danziger Hypothek. Bank-Pfandbrief Serie 10—18 — 2) — 2)

6% (bish. 7%) Danziger Hypothek. Bank-Pfandbrief Serie 19—26 — 2) — 2)

6% (bish. 7%) Danziger Hypothek. Bank-Pfandbrief Serie 27—34 — 2) — 2)

6% (bish. 7%) Danziger Hypothek. Bank-Pfandbrief Serie 35—42 — 2) — 2)

6% (bish. 6%) Danziger Hypothek. Bank-Pfandbrief Serie 1 — 1 — 2) — 2)

Aktion: Div. f. 1931 1932

Bank von Danzig 0% 0% 0 bez. B 2) 80 bez. B 2)

Danz. Priv.-Akt.-Bank 0% 0% — G 2) — G 2)

Danz. Hypothekenbank 0% 0% — 2) — 2)

Danziger Bank f. Handel und Gewerbe 0% 0% — 2) — 2)

Aktienzertifikat d. Danz. Tabak-Monopol AG. 12% 9% — 2) — 2)

Anmerkungen

1) Kurs für 1 Zentner — 2) Kurs für 100 Gulden.

Befuglich der 7% Danziger Stadtanleihe 1925 und der 6 1/2% Danziger Tabakmonopolanleihe 1927 ist der Umrechnungsfuß mit 1 Pfund Sterling = 25 Gulden festgelegt.

mit Gütern (Ram). Dän. D. „Nordby“ (426) nach Dän. Kirken mit Holz (Sodtmann). Dän. D. „Rita Mers“ (515) nach Thye mit Holz (Vergenske). Dtsch. M.S. „Hans Peters“ (65) nach Alborg mit Getreide (Ram). Norw. D. „Hjælper“ (493) nach Malmö mit Gütern (Behnte u. Sieg). Dtsch. D. „Nixe“ (895) nach Antwerpen mit Gütern (Wolff). Dtsch. D. „Confus Hoppe“ (877) nach Bordeaux mit Kohlen (Polko).

Am 11. Juni 1933:

Schwed. D. „Borgholm“ (218) nach Halmar mit Gütern (Vergenske). Dtsch. D. „Heinrich Rodens“ (1527) nach Rastsee leer (Reinholt).

Schiffe, die in Danzig erwartet werden.

M.S. „Matilde“ (Vergenske). D. „Sigrid“ (Behnte u. Sieg). D. „Manby“ (Balt.). D. „Silba“ (Balt.). D. „Navigator“ (Vergenske). D. „Gertha Maersk“ (Vergenske). D. „St. Jürgen“ (Venzat). D. „Erich Larjen“ (Behnte u. Sieg). D. „Baltoria“ (Corp.). D. „Evan“ (Vergenske). D. „Hjælper“ (Reinholt). D. „Dania“ (Behnte u. Sieg). D. „Theodor“ (Vergenske). D. „Sibis“ (Nordb. Lloyd). D. „Stormarn“ (Vergenske). D. „Martha Halm“ (Vergenske).

Berliner Produktenmarkt

Vom 10. Juni 1933.

Märk. Weizen 192—194; Juli 207,50; Tendenz: ruhig. Märk. Roggen 153—155; Juli 163,75; stetig. — Braugerste —; Futter- und Industrieernte 165—175; stetig. — Märk. Hafer 136—140; Juli 146,50; stetig. — Weizenmehl 22,75 bis 27; ruhig. — Roggenmehl 20,75—22,85; ruhig. — Weizenmehl 8,70—8,90; stetig. — Roggenmehl 9—9,20; ruhig. — Vitoriaerbsen 23,50—28. — Kleine Speiseerbsen 20—21. — Futtererbsen 13—15. — Pelusiten 12,12—14. — Aderbohnen 12—14. — Widen 12—14. — Lupinen, blaue 9,50—10,60. — Lupinen, gelbe 12,75—13,60. — Trockenschnitzel 8,50. — Kartoffelflocken 13,10—13,30. — Allgemeine Tendenz: stetig.

Danziger Getreidebörsen.

Letzte amtliche Notierung vom 2. Juni 1933.

Weizen, 128 Pfund 21,25; Weizen, 125 Pfund 20,60; Roggen, Export, ohne Handel; Roggen, Konsum 10,75; Gerste, feine 9,80—10,00; Gerste, mittel 9,25—9,50; Gerste, geringe 8,75—8,85; Hafer 8,40—8,75; Roggenkleie 6,40; Weizenkleie, grobe 6,40; Weizenhale 6,60 Gulden.

Alles Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon Danzig.

Nichtamtlich. Vom 10. Januar 1933.

Weizen, 128 Pfund 21,25; Weizen, 125 Pfund 20,75; Roggen 10,90; Braugerste 9,80—10,00; Futterernte 9,00 bis 9,70; Hafer 8,40—8,75; Roggenkleie 6,30; Weizenkleie 6,45; Weizenhale 6,65 Gulden per 100 Kilogramm frei Danzig. Weizen hat im Preise leicht angezogen. Für gute Ware wird 22,00 Gulden franco Danzig bezahlt. Futtermittel ebenfalls fester.

Juni-Lieferung.

60 Proz. Roggenmehl 18,00 Gulden, Weizenmehl 0000 35,50 Gulden frei Baderlei Danzig.

Berliner Effekten

10. 6. 9. 6.

Deutsche Anl.-Ausl.-Sch.	76,90	77,375
„ einschl. 1/4 Ablös.-Sch. Nr. 1—90 000	—	—
Dtsch. Anl. Ablösungssch. ohne	12,80	12,75
Auslosungsschein	51,50	51,50
Commerz- und Privat-Bank	60,—	58,50
Deutsche Bank u. Disconto-Gesellsch.	49,50	50,—
Dresdner Bank	138,50	136,25
Reichsbank	18,125	18,125
Hamburg-Amerika-Linie	26,50	29,—
Hamburg-Südamerika-Linie	19,125	19,—
Norddeutscher Lloyd	24,75	24,75
A. E. G.	113,—	113,50
Berliner Kraft- u. Lichtzentrale	76,25	76,25
Buderus Eisenwerke	79,25	79,625
Charlottenburger Wasserwerke	115,875	114,—
Dessauer Gas	114,75	115,50
Elektr. Licht und Kraft	135,25	135,50
I. G. Farbenindustrie	67,25	67,50
Feldmühle Papier	64,—	64,25
Geisenkirch. Bergwerk	93,875	94,—
Ges. f. elektr. Untern.-L. Loewe & Co.	52,50	53,—
Th. Goldschmidt	106,875	108,50
Harpener Bergbau	59,75	60,25
Philipp Holzmann	70,375	70,75
Mannesmannröhren	25,50	25,50
Mansfelder Bergbau	84,50	84,50
Oberschlesische Kokswerke	42,—	42,—
Phönix Bergbau	61,—	61,50
Rütgerswerke	111,75	112,25
Schuckert & Co.	25,—	25,50
Leonhard Tietz	51,—	51,—
Zellstoff Waldhof	—	—

Berliner Devisen

10. 6. 9. 6.

Diskont- sätze

Geld Brief

6 Buenos Aires 1 Pes. 0,898 0,902 0,893 0,897

6 Kanada 1 Canad. St. 3,147 3,153 3,157 3,163

6 Japan 1 Yen 0,884 0,886 0,884 0,886

7 1/2 Kairo 1 ägypt. Pfd. 14,675 14,715 14,695 14,735

2 Konstantinopel 1 t.Pid. 2,093 2,042 2,038 2,042

7 London 1 Pfd. St. 14,295 14,335 14,315 14,355

2 1/2 New-York 1 Dollar 3,467 3,473 3,506 3,514

7 Rio de Janeiro 1 Milreis 0,229 0,231 0,239 0,241

7 Uruguay 1 Gold Pes. 1,598 1,602 1,648 1,652

3 1/2 Amsterdam 100 Fl. 170,33 170,67 170,53 170,87

9 Athen 100 Drachmen 2,458 2,462 2,448 2,452

3 1/2 Brüssel-Antw. 100 Belg. 58,99 59,11 59,04 59,16

6 Bukarest 100 Lei 2,488 2,492 2,488 2,492

4 1/2 Budapest 100 Pengö — — — —

3 Danzig 100 Gulden 82,67 82,83 82,72 82,88

8 Helsingf. 100 finn. Mk. 6,324 6,336 6,334 6,346

6 Italien 100 Lire 22,04 22,08 22,04 22,08

7 1/2 Jugoslawien 100 Dinar 5,195 5,205 5,195 5,205

7 Kaunas Kown. 100 Litas 42,46 42,54 42,46 42,54

3 Kopenhagen 100 Kr. 63,84 63,96 63,89 64,01

6 Lissabon 100 Escuto 13,02 13,04 13,04 13,06

3 1/2 Oslo 100 Kr. 72,18 72,32 72,13 72,27

2 1/2 Paris 100 Frk. 16,62 16,66 16,62 16,66

3 1/2 Prag 100 Kr. 12,64 12,66 12,64 12,66

7 1/2 Reykjavik 100 Kr. 64,44 64,56 64,44 64,56

5 1/2 Riga 100 Latts 73,18 73,32 73,18 73,32

2 Schweiz 100 Frk. 81,57 81,73 81,77 81,93

8 Sofia 100 Lva. 3,047 3,053 3,047 3,053

6 Spanien 100 Pes. 36,16 36,24 36,21 36,29

3 Stockholm 100 Kr. 73,68 73,82 73,68 73,82

4 1/2 Tallinn (Reval Estl.) — — — —

5 100 estn. K. 110,39 110,61 110,39 110,61

5 Wien 100 Schilling 46,95 47,05 46,95 47,05

(Oh

Zentrumsfraktion des Volkstages.

Dienstag, den 13. Juni, 18 Uhr
Fraktionsitzung.

Änderung der Geschäftsordnung des Volkstages nach reichsdeutschem Muster.

Die Nationalsozialisten haben heute für den neuen Volkstag einen umfangreichen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Volkstages eingebracht, der sich genau an das Muster der von den Nationalsozialisten beschlossenen Geschäftsordnung des Reichstages anschließt. Gemäß diesem Antrag, der zweifellos angenommen wird, da die Nationalsozialisten die Mehrheit besitzen und einfache Mehrheit für die Annahme genügt, ist jeder Abgeordnete verpflichtet, „an den Arbeiten des Volkstages teilzunehmen“.

§ 2 lautet:

„Jeder Abgeordnete, der ohne Beurlaubung durch den Präsidenten einer Volkstagsitzung fernbleibt oder an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnimmt, schließt sich für 90 Sitzungstage von der Teilnahme an den Arbeiten des Volkstages aus; er verliert für die genannte Zeit bis zum Ablauf des letzten Ausschlußtages das Recht zur freien Fahrt, den Anspruch auf Entlohnung von Fahrtkosten und den Anspruch auf Aufwandsentschädigung.“

Von sonstigen einschneidenden Bestimmungen seien erwähnt: Fraktionen soll es künftig nur mehr von sieben (bisher fünf) Abgeordneten aufwärts geben, so daß es im neuen Volkstag nur mehr drei Fraktionen geben wird, nämlich Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Zentrum.

Neu ist § 91 c, der bestimmt, daß die Sitzungen der Ausschüsse nicht öffentlich sein sollen.

Ein Lebensmüder sprang in die Mottlau.

Er wurde jedoch rechtzeitig gerettet.

Heute Nacht kurz vor 1 Uhr sprang von der Grünen Brücke eine männliche Person in die Mottlau, deren Personalisten noch nicht festgestellt werden konnten. Der Ingenieur Kling, Neugarten 8 wohnhaft, hatte den Vorfall jedoch bemerkt; er entließ sich rasch der Oberleider und sprang mit einem Rettungsring, den er von dem an der Grünen Brücke ankommenden Dampfer „Paul Beneke“ geholt hatte, dem Lebensmüden nach. Erst nach mehreren vergeblichen Tauchversuchen gelang es ihm, den Ertrinkenden zu fassen und an Land zu bringen. Sofort angeforderte Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Der Lebensmüde wollte seine Personalisten nicht anrufen, Papiere wurden bei ihm nicht vorgefunden. Er wurde mit dem Unfallwagen in das Städtische Krankenhaus gebracht. Dort gab er allerdings an, Matowski zu heißen und Mehlwegweg zu wohnen.

Familiennachrichten.

Standesamt I Danzig.

Todesfälle: Melker Bernhard Mar, 31 Jahre. — Ehefrau Auguste geb. Karlsen, 88 Jahre. — Tochter des Schlossers Bruno Schulz, 6 Jahre. — Schlossermeister Otto Fromm, 61 Jahre. — Ehefrau Auguste Benzler geb. Kambusch, 48 Jahre. — Ehefrau Meta Treppner geb. Wilm, 28 Jahre. — Rentempfängerin Juliane Albrecht geb. Lange, 74 Jahre. — Uhrmacher Artur Harder, 74 Jahre.

„Wäsche — Waschen — Wohlergehen“

Ein Film der Persilwerke.

Vor einem geladenen Publikum fand am Sonntag vormittag im Ufa-Palast die hiesige Erstaufführung eines groß angelegten Filmwerkes statt, das die Persilwerke (Firma Henkel u. Cie., A.-G. Düsseldorf) durch die führende deutsche Filmproduktion der Ufa unter dem Titel „Wäsche — Waschen — Wohlergehen“ herstellten lassen.

Ein reiner Reklamefilm also, so wird so mancher sagen. Worauf man nur die Antwort erteilen kann: Nein! Denn dieser Film ist ein ganz neuer Filmtyp, den man keineswegs in die Reihe der üblichen Reklamefilme einreihen kann. Gewiß auch er dient zweifellos dem Werbezweck, aber in einer ganz anderen Form, als man bisher gewohnt war. Zu der Werbung tritt nämlich bei ihm zugleich die Belehrung, also Dienst an der Allgemeinheit. Und was ihn dann weiterhin noch hervorhebt und auszeichnet, das ist die filmische Form, in der Werbung und Belehrung uns nahegebracht werden. Erreicht wird dies durch zweierlei filmische Mittel, durch Verlaufsnummern und durch die geschickte Einbeziehung einer Spielhandlung.

Der Hauptteil des Films fällt naturgemäß in den Rundgang durch die als großartig und modern in ganz Deutschland bekannten Anlagen der Henkel-Werke in Düsseldorf aus. Vorbildliche Fabrikarchitektur, neuzeitliche Anlage, Einrichtung und Ausstattung der Werkplätze, Bilder mühseliger sozialer Arbeit im modernen Großstadtbetrieb und fabrikatorische Technik in höchster Vollendung geben ein vortreffliches Bild deutscher Arbeit. Diese grandiosen Industrieaufnahmen werden weiterhin durch einen belehrenden Teil, der über die Anwendung der bekannten Henkel-Erzeugnisse Persil, Sani-Weichsoda, Gil, Ala und Jmi in erschöpfender und dabei kurzweiliger Art unterrichtet, aufs beste und geschickteste ergänzt.

Eine geschickte Ergänzung zum Nutzen der Werbung und Belehrung ist aber auch die Spielhandlung, die diesmal gar nicht weilsfremd dem Ganzen hinzugefügt ist. Sondern die wirklich ein Stück des Ganzen genannt werden muß. In einer Rahmenhandlung reich an Einfällen, Gegenüberstellungen und Charakterisierungen wirken so ausgezeichnete Darsteller wie Hedwig Wangel, Ida Wüst, Grete Reinwald, Paul S. S. S., Fritz Alberti, E. Stahl-Nachbaur und noch einige andere mit. Nimmt man dann noch hinzu, daß Bilder von Menschen in aller und neuer Zeit, die richtige Behandlung farbiger Wäsche und viele Fragen häuslicher Reinigung und neuzeitlicher Gesundheitspflege in diesem Film gezeigt werden, so versteht sich wohl von selbst, daß man diesen Werbe- und Belehrungsfilm ruhig eine Epochenleistung seiner Art nennen kann und daß man auf Grund der neuen Wege, die dieser Persil-Film beweist, nur den Wunsch äußern kann, daß diese neue Gattung von Industrie- und Werbefilmen ein Anreiz zur weiteren Erzeugung derartiger Filme sein möge.

Wie wir erfahren, wird anschließend an die Premiere eine Reihe von Vorstellungen dieses Filmwerkes in den U.-Lichtspielen stattfinden. Die Einladungen zu diesen Vorstellungen, in denen der Film nach und nach vor allem der gesamten Hausfrauenschaft unserer Stadt gezeigt werden soll, werden zu gegebener Zeit persönlich erfolgen, so daß jedermann damit rechnen kann, den Film im Laufe der Zeit sehen zu können. Schon aus diesem Grund erübrigt sich ein ungeringer Zutrang. Einlaß können nur jeweils Personen mit gültiger Eintrittskarte finden.

Amerika besteht auf Schuldzahlung

Zahlungstermin bleibt der 15. Juni — Neue Hemmnisse für die Weltwirtschaftskonferenz.

Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an alle Schuldnerstaaten ein Schreiben gerichtet, in dem sie an die am 15. Juni fälligen Zahlungen erinnert. Diese Mitteilung, deren Text vom Schatzamt abgefaßt worden ist, ist durch Vermittlung des Staatsdepartements, das die Veröffentlichung seines Inhalts verweigerte, abgeschickt worden. Das Verfahren entspricht der bisher gelübten Praxis.

Die internationale Politik des amerikanischen Präsidenten hat in der letzten Zeit durch starke parlamentarische Widerstände zu leiden. Nach der ersten Begeisterung, die Roosevelt hochgetragen hatte, scheint es jetzt, als ob zwischen ihm und seinen eigenen Parteifreunden, besonders im Senat, beträchtliche Meinungsverschiedenheiten beständen. Nachdem durch das Abgehen vom Goldstandard eine gewisse Belebung der Geschäftstätigkeit eingeleitet ist, zeigen sich wieder deutliche Rückschläge in folgerichtigen Tendenzen, die Amerika lange Zeit nur zu einem stillen Partner der Weltpolitik gemacht hatten. Um endlose parlamentarische Weiterungen zu vermeiden, sah sich Roosevelt genötigt, auf die Kongressermächtigung zum Abschluß von Handelsverträgen zu verzichten. Durch diesen Entschluß wird der bisherige Zustand beibehalten, daß die Vereinigten Staaten bei allen internationalen Verhandlungen eine viel geringere Bewegungsfreiheit besitzen, als die meisten anderen Länder, bei denen die parlamentarische Ratifikation mehr oder weniger Formsache ist. Ueber allen Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz wird die Frage nach der Haltung des amerikanischen Kongresses und damit eine beträchtliche Ungewißheit schweben. Auch in der Schuldenfrage, die durch den bevorstehenden Termin des 15. Juni wieder akut geworden ist, ohne daß die Probleme des 15. Dezembers geregelt worden wären, ist Roosevelt durch innerpolitische Rücksichten gehemmt. Die Schwierigkeiten sind innen und außen so gleichmäßig groß, daß die amerikanische Haltung bisher so gut wie passiv war. In England konnten die Gegner weiterer Schuldzahlungen mit Recht darauf hinweisen, daß für Frankreich aus seiner Zahlungsverweigerung keinerlei Nachteile und für England aus seiner Zahlung keinerlei Vorteile entstanden sind. Um nicht den Eindruck eines Nachsichtes zu erwecken, hat Roosevelt nunmehr an die Schuldnerländer eine Mahnung gerichtet, aus der er offenbar keine weiteren Konsequenzen ziehen will. Während England wenigstens über eine formale Zahlung mit Amerika verhandelt, muß es aufpassen, daß der französische Ministerpräsident in seiner letzten außenpolitischen Rede das Schuldenproblem überhaupt nicht erwähnt hat. So haben sich am Vorabend der Weltwirtschaftskonferenz statt der erhofften Klärung neue Unklarheiten in den internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen ergeben.

Der Einbruch in die Waffenfabrik „Diana“ vor der großen Strafkammer

Hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen — Abg. Plenikowski freigesprochen.

Wie wir am Sonnabend bereits berichteten, hatten sich vor der II. Großen Strafkammer, der Landesgerichtsrat Schlieper vorsteht, 21 Personen, darunter der kommunistische Abgeordnete Plenikowski, teils wegen schweren Diebstahls, teils wegen Hehlerei, Verstoßes gegen den § 127 des St. G. B. (Bildung von bewaffneten Mannschaften) und unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten.

In der Nacht vom 10. zum 11. April wurde in die Waffenfabrik „Diana“ ein Einbruch verübt und aus der Werkstatt 22 Pistolen gestohlen. Diesen Waffen diebstahl brachte man in engen Zusammenhang mit der kommunistischen Parteileitung, auf deren Veranlassung der Diebstahl ausgeführt worden sein sollte. Aus diesem Grunde wurde auch der Abg. Plenikowski verhaftet, zumal man bei ihm auch eine der gestohlenen Pistolen vorgefunden. Die Staatsanwaltschaft erhob deshalb auch nicht nur Anklage wegen Einbruchsdiebstahls, Hehlerei und unbefugten Waffenbesitzes, sondern auch aus § 127 des St. G. B., da nach ihrer Meinung der Diebstahl geschehen war, um Funktionäre der kommunistischen Partei zu bewaffnen.

Die Arbeiter Max Tachlinski und Bernhard Flakowski, wegen gemeinsamer schweren Einbruchsdiebstahls angeklagt, gaben den Einbruch in die Waffenfabrik „Diana“ und den Waffendiebstahl von vornherein zu.

Sie leugneten aber, daß sie den Einbruch auf Befehl von dritter Seite hin ausgeführt hätten.

Tachlinski hatte nämlich in der Voruntersuchung angegeben, daß der Angeklagte Mahns ihn mit dem Diebstahl beauftragt hätte, in der Hauptverhandlung widerrief er das jedoch und erklärte, er habe Mahns damit nur eins auszuweichen wollen, weil er ihn aus seiner Wohnung herausgeworfen hatte. Im übrigen hätte er und Flakowski den Diebstahl aus Not begangen. Zur weiteren Begründung dieser Mahns und die übrigen Angeklagten schwer belasteten Aussagen erklärte Tachlinski, daß er während der polizeilichen Vernehmungen verschiedentlich mißhandelt worden sei und nur deshalb zugegeben habe, zu dem Diebstahl angeklagt worden zu sein, um den Mißhandlungen zu entgehen. Er sei mitunter jeden Abend geschlagen worden und ein Polizeibeamter habe zu ihm gesagt, daß er in den drei Wochen noch die Hände hochgehen werde. Die Behauptung, während der Voruntersuchung geschlagen worden zu sein, wurde auch noch von verschiedenen anderen Angeklagten aufgestellt.

Die Beweisaufnahme zielte darauf hin, nachzuweisen, daß der Diebstahl auf Veranlassung des Angeklagten Mahns ausgeführt worden war und daß mehrere andere Angeklagte sowie der Abg. Plenikowski auch davon Kenntnis gehabt hätten.

Alle Angeklagten leugneten, von dem Diebstahl Kenntnis gehabt zu haben und erklärten, die Pistolen zu ihrem persönlichen Schutz gekauft zu haben.

Im Beschlußzimmer in der Wohnung des Angeklagten, Abg. Plenikowski, war ebenfalls eine der aus dem Diebstahl stammenden Pistolen gefunden worden. Abg. Plenikowski stellte es jedoch in Abrede, von dem Vorhandensein der Waffe in seiner Wohnung sowie überhaupt von dem ganzen Diebstahl auch nur das geringste gewußt zu haben.

Die Waffe müsse von einem Besucher abhändigt in seiner Wohnung zurückgelassen und zwischen die Polster eines Sessels gesteckt worden sein.

Plädoyer des Staatsanwalts.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Erster Staatsanwalt Graßmann, führte in seinem Plädoyer aus, daß der Diebstahl an sich zwar nichts Besonderes sei, zumal die beiden wegen Diebstahls angeklagten Tachlinski und Flakowski bereits wegen gleicher Vergehen verurteilt seien; das Objekt des Diebstahls stelle allerdings etwas Besonderes dar. Seiner Meinung und Ueberzeugung nach sei der ganze Diebstahl

nach einem wohl vorbereiteten Plan

ausgeführt worden, wenn die Beweisaufnahme den Anklagen zu diesem Plan auch nicht habe erbringen können. Bewiesen sei jedoch auf Grund der Beweisaufnahme, daß der Angeklagte Mahns, Tachlinski zur Begehung des Einbruchsdiebstahls für die kommunistische Partei angeklagt und ihm den Taktort bezeichnet habe; Mahns sei der vorläufige Anführer gewesen. Der ganze Vertrieß der

Waffen, der innerhalb von 24 Stunden vor sich gegangen sei, die Tatsache, daß nur Kommunisten die Pistolen erhalten hätten, sowie eine zwischen Mahns, dem Angeklagten Dollas und Plenikowski stattgefundene Unterredung, bei der Mahns zu Dollas gesagt habe: beruhige dich, die Waffen sind in durchaus sicheren Händen, das alles unterstütze ihn in seiner Behauptung, daß der Diebstahl planmäßig vorbereitet und ausgeführt worden sei, um kommunistische Parteifunktionäre mit Waffen zu versorgen, da die kommunistische Partei befürchten mußte, daß es ihr nach der politischen Umwälzung im Reich hier in Danzig bald ähnlich ergehen würde und daß sie ihre Ideen bald mit der Waffe in der Hand verteidigen müßten.

Jeder Staat müsse nun mit den allerhöchsten Mitteln

gegen derartige Absichten und Bestrebungen vorgehen, wenn er erreichen wolle, daß Ruhe und Ordnung herrschen. Die Angeklagten seien zuverlässige Leute gewesen, die ihrer Partei unbedingt Gehorsam leisteten. Bei Plenikowski sei ebenfalls eine Waffe gefunden worden; er habe eben als Führer der Partei auch die Gefahr auf sich nehmen müssen, die seine Anhänger unbedingt auf sich nehmen mußten.

Die Anträge.

Der Staatsanwalt stellte seinem Plädoyer entsprechend sehr hohe Strafentwürfe gegen die Hauptangeklagten. Und zwar beantragte er Tachlinski wegen schweren Einbruchsdiebstahls im Rückfalle mit einer Zuchthausstrafe von drei Jahren, wegen Beihilfe zum Vergehen gegen den § 127 des StGB. mit einem Jahre Gefängnis und wegen unbefugten Waffenbesitzes mit einem weiteren Jahre Gefängnis, zusammengezogen mit einer Gesamtstrafe von vier Jahren Zuchthaus, ferner mit 5 Jahren Ehrverlust. In fünf Monaten Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Gegen Mahns wegen schweren Rückfallebstahls und unbefugten Waffenbesitzes eine Gesamtstrafe von drei Jahren acht Monaten Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Gegen Dollas wegen Hehlerei, Vergehens gegen den § 127 und unbefugten Waffenbesitzes eine Gesamtstrafe von 4½ Jahren Zuchthaus, sowie 5 Jahre Ehrverlust. Gegen den Angeklagten Stidel wegen der gleichen Vergehen ebenfalls 4½ Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen sieben weitere Angeklagte beantragte er wegen Hehlerei, Vergehens gegen den § 127 und unbefugten Waffenbesitzes eine Gesamtstrafe von je zwei Jahren, drei Monaten Gefängnis. Ferner gegen den Abg. Plenikowski wegen unbefugten Waffenbesitzes ein Jahr Gefängnis und gegen vier weitere Angeklagte wegen unbefugten Aufbewahrens von Waffen je drei Monate Gefängnis.

Das Urteil.

Die Verhandlung selbst dauerte viele Stunden bis in den Abend hinein. Gegen 19.30 Uhr zog sich dann das Gericht zur Beratung zurück, die nicht weniger als drei Stunden dauerte. Kurz vor 23 Uhr verkündete das Gericht dann folgendes Urteil: es werden verurteilt wegen schweren Diebstahls im Rückfalle und unbefugten Waffenbesitzes die Angeklagten Tachlinski zu drei Jahren neun Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Flakowski zu drei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte Mahns wegen Beihilfe zum Diebstahl, Hehlerei und unbefugten Waffenbesitzes zu zwei Jahren Gefängnis, der Angeklagte Dollas wegen der gleichen Vergehen zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis, gleichfalls der Angeklagte Stidel. Sieben weitere Angeklagte wurden wegen unbefugten Waffenbesitzes zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt zwei weitere zu je drei Monaten Gefängnis, während Abg. Plenikowski freigesprochen wurde. Das Gericht sah durch die Beweisaufnahme für nicht erwiesen an, daß die Angeklagten sich im Sinne des § 127 schuldig gemacht hätten.

ADAC-Strassenmeisterschaft.

30 000 Zuschauer. — Fritz Bouvain-Königsberg gewinnt die Meisterschaft.

Das große motorsportliche Ereignis des Freistaates Danzig, die am Sonntag zum 12. Mal ausgeführte ADAC-Kraftfahrstrassenmeisterschaft von Danzig und die mit ihr verbundenen Rennen für Auswärtssportler auf der 33,8 Kilometer langen Rundstrecke bei Brauß, hatte wiederum ausgezeichneten Besuch, waren doch mehr als 30 000 Zuschauer erschienen, unter ihnen als Ehrengäste der stellvertretende Gauleiter der NSDAP, Greijer, und der Kommandeur der Schutzpolizei. Einige Regenschauer während der Rennen hatten auf das ausgezeichnete sportliche Ergebnis keinen Einfluß. In der Hauptsache konnten leider nicht alle Fahrer ihren Startverpflichtungen nachkommen, da einige von ihnen in der Woche vorher schwere Unfälle erlitten hatten. Auch der Danziger Karl Peters war kein ernsthafter Konkurrent, da er noch am Vormittag des Rennens stürzte. Lediglich drei Fahrer begaben sich auf die 270,4 Kilometer lange, acht Mal zu durchlaufende Rundstrecke. Die Strassenmeisterschaft von Danzig gewann der in Danzig nun schon außerordentlich populäre Fritz Bouvain (Königsberg) auf BMW, vor Fergus Anderson auf Imperia. Bouvain fuhr einen Stundenrundschnitt von 116,356 Stbkm. und verbesserte damit sehr erheblich den bisher auf 106 Stbkm. stehenden Bahnrekord. Bei den Solomachinen nicht über 350 ccm fuhr der Deutsche Meister Roof (Imperia) ein ganz ausgezeichnetes Rennen und wurde mit dem hervorragenden Durchschnitt von 105,625 Stbkm. Sieger.

Eigenfahrer.

Solomachinen nicht über 1000 ccm (270,4 Kilometer): 1. Fritz Bouvain (BMW) in 2 Std. 19 Min. 26 Sec. 116,356 Stbkm.; 2. Fergus Anderson (Imperia).

Solomachinen nicht über 350 ccm (270,4 Kilometer): 1. Roof (Imperia) in 2 Std. 33 Min. 36 Sec., 105,625 Stbkm.; 2. Kneess (Archie Zap); 3. Degener (Morton).

Beimogenschinen über 600 ccm (202,8 Kilometer): 1. Strehlau (Harley) in 2 Std. 36 Min. 29 Sec., 77,759 Stbkm.

Beimogenschinen nicht über 600 ccm (169 Kilometer): 1. Bruno Ziemer (Miel) in 1 Std. 59 Min. 44 Sec., 84,688 Stbkm.

Auswärtssportler.

Solomachinen nicht über 1000 ccm (202,8 Kilometer): gestartet 8, beendet 3. 1. Fehle (MG) in 2 Std. 10 Min. 1 Sec., 83,588 Stbkm.; 2. Nidel (Calihorpe); 3. H. Krijschewski (Sunbeam).

Solomachinen nicht über 350 ccm (169 Kilometer): 1. Marzinkowski (Dunell) 1 Std. 49 Min. 24 Sec., 92,687 Stbkm.; 2. Paula Regier (MG); 3. Kahofer (Victoria).

Beimogenschinen nicht über 600 ccm (135,2 Kilometer): 1. Runge (Dunell) in 1 Std. 36 Min. 6 Sec., 84,412 Stbkm.; 2. Gilmann (Imperia); 3. Ziegler (Zmbian).

Solomachinen nicht über 200 ccm (101,4 Kilometer): 1. M. Krijschewski (Triumph) in 1 Std. 21 Min. 23 Sec. 74,757 Stbkm.

* Hafenbeden gesperrt. Auf Wunsch der polnischen Regierung wird der südliche Teil des Hafenbedens auf der Westerplatte wegen Eintreffens und Verladens von nicht explosiblem Kriegsmaterial am 12. Juni 1933 früh für den Handelsverkehr gesperrt.

* Vor dem Ertrinken gerettet. Am Sonntag nachmittag geriet der Freilehrer Kurt V., der in der Nähe des Bades Neubude etwa 120 Meter weit in die See hinausgeschwommen war, wohl infolge eines Schwindelanfalls, in die Gefahr des Ertrinkens. Der Sportlehrer Kurt Kuschewski und der Kriminalassistent K. R. r., die vom Strand aus dies bemerkten, retteten ihn und brachten ihn ans Ufer. Mit dem Sanitätsauto wurde er dann in die ersteleiche Wohnung überführt.

* Angefahren und verletzt. In Langfuhr auf der Hauptstraße wurde am Sonnabend abend die 11jährige Hedwig R. beim Ueberfahren der Straße von einem Radfahrer, der vergebens auszuweichen versuchte und dabei stürzte, umgerissen. Sie erlitt beim Sturz Verletzungen und Schüttelfraktionen, konnte aber nach Anlegen eines Nothverbandes in die elterliche Wohnung entlassen werden. — In Danzig wurde eine Frau Martha R. am Sonntag auf dem Karrenwall beim Ueberfahren des Fahrdammes von einem Motorradfahrer angefahren und ein Stück mitgeschleift. Während der Motorradfahrer heil blieb, trug die Frau schwere Verletzungen davon und mußte von der Sanitätsmaschine Städtum verbunden werden. In beiden Fällen ist die Schuldfrage noch ungeklärt.

* Zwei kleinere Brände. Sonnabend Nacht wurde die Langfuhr Wehr nach Oliva gerufen, wo in Konradshammer in einer Geräteammer ein Sad mit Weh in Brand geraten war. Nach halbständiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrufen. Ein zweitesmal wurde die Langfuhr Wehr nach Oliva gerufen, wo in der Gießerstraße im Hause Nr. 46 in einer Räucherlampe ein Glas in Brand geraten war. Die Wehr brauchte aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da Einwohner das Feuer bereits gelöscht hatten.

Deutschland im Davispokal unterlegen.

Berlin, 10. Juni. Deutschland ist heute in der dritten Runde im Davispokalwettkampf 1933 von Japan ausgeschaltet worden. Am zweiten Tage des Treffens Japan: Deutschland auf den Rot-Weiß-Plätzen in Berlin gewann Japan durch Rinoi-Sato auch das Doppel gegen von Gramm-Mournech 6: 2; 6: 3; 6: 4 und damit den nötigen dritten Gewinnpunkt.

Sommerwetter, aber unbeständig.

Uebersicht: Der gestern über Mitteldeutschland gelegene Kern des Tiefdruckgebietes ist nach Holland gezogen und wird voraussichtlich weiter nordwestwärts ziehen. Der über Polen gelegene Kern hat sich ausgefüllt. Es ist noch mit der Bildung von kleinen Störungen zu rechnen. Im wesentlichen bleiben wir auf der warmen Seite des Tiefdruckgebietes.

Weiterprognose für heute nachmittag: Wolkig bis heiter, vorwiegend trocken, warm.

Für Dienstag: Wolkig, zeitweise aufsteigend, warm, schwache Winde aus südlichen Richtungen, Gewitterneigung.

Schuldschlichter: Franz Steffen.

Verantwortlich: für Kulturelles, Politik und Religion: Schuldschlichter Franz Steffen. für Wirtschaft, Handel, Theater, Volk, Nachrichten, Vermittlung: Dr. Kurt R. für Politik, Wirtschaft, Nachrichten und Sport: Hans R. für Anzeigen und Geschäftsliches: Bruno Albers. sämtlich in Danzig.

Bernharder: Geschäftsstelle und Redaktion: 247 98 und 247 97. Schuldschlichter: 248 97.

Telegr.-Adresse: Danzigschlichter Danzig.

Gesamtschlichter: Weltrechtlicher Verlag, Allgemeine Schlichter für Verlag und Druckerei (Verlag: Direktor E. Rilian) in Danzig, Am Sande 2.

Die Blutnacht von Belgrad

Erinnerungen an die Ermordung des serbischen Königspaares am 11. Juni 1903.

Von Friedrich Verla.

Ein Sturm der Empörung durchbrauste ganz Europa nach dem Königsmord, der in der Nacht vom 10. zum 11. Juni im Belgrader Königspalast geschah. Die Tragödie erregte nicht nur Entsetzen — so wenig auch die Opfer dieses Königsmordes besondere Sympathie verdienten —, sondern sie bedeutete auch einen Wendepunkt in der serbischen Geschichte, der sich bald verhängnisvoll auswirken sollte. Mit dem ermordeten König Alexander verschwand die Dynastie Obrenowitsch von der Bildfläche, die vor allem unter dem König Milan, Alexanders Vater, auf freundschaftliche Beziehungen mit der benachbarten kaiserlichen Monarchie Wert gelegt hatte. Doch schon unter der Regierungzeit Alexanders begann Rußland in Serbien den Boden für sich zu bereiten, in dem sich der Zar als Trauzeuge für die Hochzeit Alexanders mit Draga Maschin anbot. Diese Geste des mächtigen Selbstherrschers aller Neuzen mußte dem jungen König, der sich durch diese Heirat die allgemeine Verehrung zugezogen hatte, gewaltig für Rußland einnehmen.

Alexander, der seinem im Jahre 1889 zurückgetretenen Vater Milan in der Regierung nachgefolgt war, besaß nicht die geringste Eignung für seinen verantwortungsvollen Beruf. Unter seiner Herrschaft verschlechterte sich der Zustand der Staatsfinanzen, die schon unter dem Spielern Milan denkbar trübselig waren, zusehends; Korruption, Günstlingswirtschaft und ein Regime der Willkür steigerten die allgemeine Erbitterung ins Ungemessene. Seine Heirat mit Draga Maschin machte den König in der Öffentlichkeit vollends unmöglich. Diese Frau, Witwe eines Bergwerksingenieurs und Hofdame von Alexanders Mutter Natalie, durch zahlreiche galante Abenteuer berüchtigt, hatte den elf Jahre jüngeren Alexander umgarnt und dem schwächlichen, haltlosen Neuzar seinen Entschluß eingegeben, sie zu heiraten. Nach diesem Schritt verlor Alexander seine letzten Freunde; mehrere Minister traten zurück, das Offizierskorps, das schon lange Zeit große Erbitterung gegen das herrschende Regime nährte, war empört. So mußten die Zustände in Serbien einer Katastrophe zutreiben. Den König umgaben Günstlinge und käufliche Subjekte, in seiner Umgebung fand sich unter diesen Umständen keine aufrechte Persönlichkeit, die ihn vor dem drohenden Unheil rechtzeitig hätte warnen können. Im Offizierskorps reiften Verschwörungspläne. Man dachte an eine gewalttätige Aenderung des unhaltbaren Zustandes. Aber erst als auch Politiker in die Verschwörung hineingezogen wurden,

nahm diese greifbare Gestalt an. Der in der Schweiz lebende Präsident aus der Dynastie der Karadjordjewitsch, Peter, war nach einigem Zögern bereit, den freierwerbenden Thron zu bestiegen. Nun konnten die Verschwörer aus Handeln denken.

Die Nacht vom 10. zum 11. Juni des Jahres 1903 brach an. In einem Wirtshaus der serbischen Hauptstadt, dem „Weißen Adler“, hatten sich die Aufständischen versammelt, um sich noch einmal mit feurigen Freiheitsreden und Verwünschungen gegen den „Vaterlandschänder Alexander I.“ auf die kommenden Ereignisse vorzubereiten. Die Seele der Offiziersverschwörung war der Infanteriehauptmann Dragutin Dimitrijevič, der schon vorher geschickt die gesamte serbische Armee in seinem Sinne bearbeitet und die Vorbereitungen zum Königsmord bis in die letzten Einzelheiten getroffen hatte. Ihm zur Seite standen Alexander der Maschin, der Schwager der Königin aus ihrer ersten Ehe, und der Hauptmann Antitsch. Um zwei Uhr nachts führte Dimitrijevič die Verschwörer nach dem Schloß. Sie fanden keinen Widerstand; ein Gendarm wird, noch ehe er sich für oder gegen die Verschwörer entschieden hat, im Hof

niedergeschossen. Damit ist das Signal zum Angriff gegeben. Die Verschwörer, schätzungsweise an der Zahl, stürzen auf die innere Palasttür zu, die sich ihnen gemäß der Vereinbarung mit dem Adjutanten des Königs, dem ebenfalls mitverschworenen Oberstleutnant Naumowitsch, öffnet. Weitere Türen werden mit Dynamit gesprengt, Naumowitsch erlischt das elektrische Licht, und die Verschwörer müssen sich im Dunkeln den Weg zum Schlafzimmer des Königs bahnen. Sie finden es nicht, erst ein Hauptmann, der Kerzen bringt, weist ihnen die Richtung. Wieder sprengen Dynamitpatronen Türen; nun stehen die Offiziere vor dem königlichen Schlafgemach, der Türhüter sinkt tot zu Boden. Krachend fällt die Tür ins Schlafgemach. Im Rahmen halten die Vordersten bestürzt inne. Die Betten sind leer. Eine verzweifelte Situation!

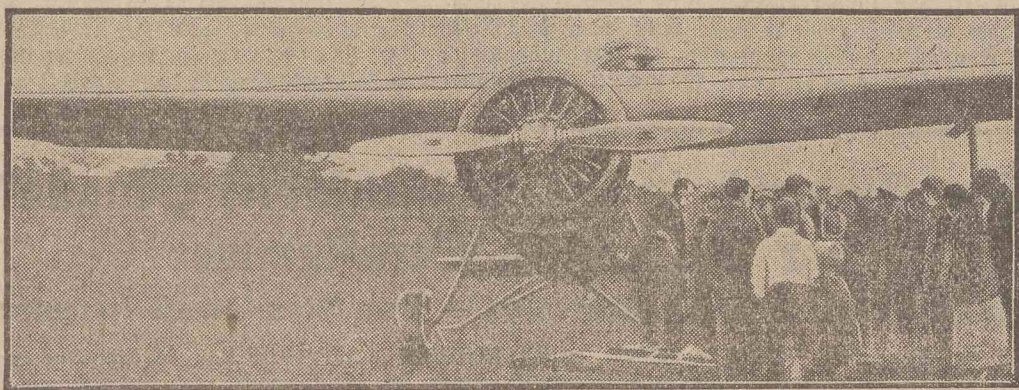
Inzwischen sind die Verschwörer in der Stadt nicht untätig geblieben. Oberst Maschin hat mit seinen Truppen den Palast umstellt, Belgrad selbst ist fest in der Hand der Verschworenen. Aber wo sind König und Königin? Der ganze Konak wird abgesucht, vergebens. Da kommt jemand auf den Gedanken, den ersten Adjutanten Alexanders, den General Gazar Petrovitsch, zu suchen und ihn zu zwingen, den Schlafwinkel des gesuchten Königspaares zu verraten. Auch die Tür zu Petrovitschs Schlafgemach muß mit Dynamit gesprengt werden; der General kann gerade noch die sechs Patronen, die er in seinem Revolver hat, auf die Eindringenden verfeuern; dann muß er sich gefangen-

nehmen lassen. Man führt ihn nach dem Konak, wo er den Offizieren eine Tapete zeigt, die gegenüber dem königlichen Bett liegt. „Wenn sie nicht da drinnen sind, weiß ich nicht, wo man sie sonst suchen soll“, sagte er. Dann klopfte er an die Tür; „Majestät, machen Sie auf, die Offiziere suchen Sie!“ Der König, der sich wirklich hinter der Tür befindet, öffnet. In diesem Augenblick stürzt sich Petrovitsch, der entweder seinen Verrat bereut oder hofft, das Leben des Königspaares und sein eigenes noch retten zu können, auf das Bett, stellt sich vor das Königspaar und gibt auf die Offiziere aus einem kleinen Revolver mehrere Schüsse ab, die jedoch alle ihr Ziel verfehlen. Die Verschworenen antworten mit einer Salve, unter der der König, die Königin und der General tot zusammenbrechen. Unteroffiziere hoben später die Leichen auf, schleppten sie zum Fenster, um sie den Untertanen zu zeigen, und warfen dann die furchtbar verstümmelten Körper in den Schloßgarten hinaus.

So endete die Dynastie der Obrenowitsch, und Peter Karadjordjewitsch konnte den Thron besteigen. Doch fehlte es diesem blutigen Drama, dessen Einzelheiten die Verschwörer mit ihrer ungeheuren Erregung einschuldigten, nicht an einem Satirspiel. Während England für Jahre die Beziehungen zu Serbien abbrach und Eduard VII. sich in Tönen höchsten Abscheus äußerte, während der Zar so tief empört war, daß der zweite Sohn des neuen Königs, Prinz Georg, die Petersburger Kadetten-Schule verlassen mußte, erkannte Österreich-Ungarn als erster Staat die neue Dynastie an. Die Stimmung in Österreich änderte sich jedoch merklich, als offenbar wurde, welchen Kurs die serbische Politik unter dem neuen Königshaus einschlagen würde; aber auch in England, das Serbien für seine Einfreisungspolitik gegen die Mittelmächte vortrefflich gebrauchte, konnte, obwohl seine moralische Abscheu, und der Zar hatte sogar gegen die Einheirat einer Tochter des Königs Peter in das russische Kaiserhaus nichts mehr einzumenden.

* Der Auftragsbestand der schwedischen Werften. Auf schwedischen Werften sind zurzeit 17 Fahrzeuge mit 82 330 BRT. in Bau. Von den im Bau befindlichen und bereits bestellten Schiffen, mit deren Baubeginn in Kürze gerechnet werden kann, sind bestimmt 6 Schiffe mit 15 430 BRT. für schwedische, 11 und 64 400 BRT. für norwegische, 2 mit 10 400 BRT. für französische und ein Fahrzeug von 2300 BRT. für italienische Rechnung. Auf Zantichsiffe entfallen 10 Fahrzeuge mit 60 960 BRT. oder rd. 66 Prozent des gegenwärtigen Bau- und Auftragsbestandes, davon 2 Fahrzeuge mit 7060 BRT. für schwedische und 8 mit 53 900 BRT. für norwegische Rechnung.

Das einzige Bild von der Zwischenlandung des Weltfliegers Mattern in Norwegen.



Auf unserem Bilde sieht man die Maschine des deutsch-amerikanischen Weltfliegers Mattern nach ihrer Landung auf der norwegischen Insel Sum Gruland. Bekanntlich wollte Mattern

nach Berlin fliegen, verfehlte jedoch die Richtung und landete hier.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten allerherzlichsten Dank.
Bernhard Bieschke und Frau Marie
geb. Surovski.
Oliva, den 10. Juni 1933.

Hochschul-Dozent

Dipl.-Ing. Anfang 40, ledig, festangestellt und pensionsberechtigt, groß, schlank, blond, Herrenfahrer, nicht unvermögend, ersehnt auf diesem Wege baldige Harmonie mit gesunder, fluger und deutschführender Kameradin besser Kreise. Zuschriften unter Nr. 3342 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Blutdruck zu hoch?

Die höchstkonzentrierten
Dr. Sanders Zwiebeltropfen und Dr. Sanders Knoblauchdragees

senken den Blutdruck, indem sie die Arterien elastisch machen. Gleichzeitig wird das Blut verbessert, und die unangenehmen Begleiterscheinungen, wie Herzstörungen, Schwindelanfälle werden erfahrungsgemäß beseitigt. Lebenskraft und Leistungsfähigkeit stellen sich ein.

Niederlage bei der Raths-Apotheke
Danzig, Langermarkt.

Inletts, fertige Betten, Sofakissen, Bettwäsche, Kaffee- wärmer, Steppdecken, Auf- legematratzen, Paradies- auflage, eis. Bettgestelle, Watten jed. Art.
F. W. MALZAHN
GEOR. 1913 BREITGASSE 84 TEL. 27127

Watte - Fabrik und Betten - Reinigung.

Wir binden

Ihre Zeitschriften, Broschüren, Disser- tationen und

Bücher

in eigener Werkstatt bei mäßiger Be- rechnung und in kürzester Lieferfrist. Fachmännische Beratung erhalten Sie bereitwilligst und

kostenlos!

Buchbinderei des Westpr. Verlags

Danzig, Am Sande 2. Tel. 247 96/97.

Dresdner Bank

Sechszigste ordentliche Generalversammlung

Hiermit werden die Aktionäre zur sechszigsten ordentlichen General- versammlung, die
Sonnabend, den 1. Juli 1933, vormittags 11¹/₂ Uhr,
im Bankgebäude Dresden, König Johannstraße 3
stattfinden wird, eingeladen.

Tagesordnung:

- Bericht des Vorstandes gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. 10. 1931, 5. Teil Kapitel II über Kapitalherabsetzung in erleichterter Form, sowie Beschlussfassung über Herabsetzung des Reservefonds auf RM 15000000,— und über die Herabsetzung des Grundkapitals in erleichterter Form von RM 220000000,— auf RM 150000000,— durch Zusammenlegung der Aktien im gleichen Verhältnis zwecks Deckung von Verlusten und zum Ausgleich von Wertminderungen im Vermögen der Gesellschaft.
- Ermächtigung des Vorstandes, die Herabsetzung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat durchzuführen, insbesondere die Einziehung der Aktien gemäß § 290 H. G. B. vorzunehmen.
- Vorlegung des Geschäftsberichtes für 1932 und der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. 12. 1932 sowie Genehmigung dieser Vorlagen.
- Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
- Beschlussfassung über Aenderung des § 4, Abs. 1 der Satzungen betreffend Neueinteilung des Grundkapitals, sowie des § 21, letzter Absatz (RM 100,— Nennbetrag = 1 Stimme)
- Wahlen zum Aufsichtsrat.

Jeder Aktionär ist zur Teilnahme an der Generalversammlung be- rechtigt. Um in dieser stimmen oder Anträge stellen zu können, müssen die Aktionäre ihre Aktien oder die über diese lautenden Hinterlegungsscheine einer Effekten Giro-Bank gemäß § 21 der Satzung spätestens bis zum 28. Juni 1933 einschließlich bei einer der nachverzeichneten Stellen bis zum Ende der Schalterkassenstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der General- versammlung dort belassen:

bei der Dresdner Bank in Dresden und Berlin sowie ihren übrigen Niederlassungen,
bei der Dürerer Bank in Dürren,
bei dem Bankhause Simon Hirschland in Essen und Hamburg,
bei dem Bankhause Velt L. Homburger in Karlsruhe,
bei dem Bankhause A. Lewy in Köln,
bei der Oldenburgischen Landesbank in Oldenburg i. O.,
bei der Rostocker Bank in Rostock und Schwerin,
bei den Herren Proehl & Gutmann in Amsterdam,
bei der Amsterdamschen Bank N. V. in Amsterdam.

Dresden, den 9. Juni 1933.

Der Vorstand

Frisch Goetz.

Größtes u. besteingerichtetes Zahn-Institut Danzigs
Großes Laboratorium für Zahnersatz
neuzeitl. Spez.-Behandlungs-Zimmer mög- lich eine individuelle u. schonende Privatbehandl.
Vier Röntgen-Aufnahmen und Bestrahlungen
Kostenlose Beratung und Voruntersuchung
Zahnziehen mit Betäubung nur 2 Gulden
bei Bestellung von Zahnersatz kostenlos.
Zahnersatz aller Systeme, Goldkronen und Plomben zu bekannt billigen Preisen.
Reparatur u. Umarbeitungen in kürzester Zeit.
Für billige und gute Leistungen bürgen die vielen Empfehlungen u. Dankschreiben des großen Patientenkreises und der Inhaber
Institut für Zahnleidende
geöffn. 8-7
Sonntag: 9-12
Pfefferstadt 71 I.

Heilwunder
Hautcreme, Danzig, Patent Nr. 1919, einzigart. Kosmetikum zur Pflege und Gesundung der erkrankten Haut bei Flechten, Ekzem, Pickel, offenen Beinen, Hämorrhoiden, Gesichts- und Nasenröte. Probedosen 1.25 G, Originaldose 5.00 G.
Zu haben in allen Apotheken.
Generaldepot für Danzig: Rathsapotheke, Langer Markt 39.
Kostenlose Behandlung
div. Krankenkassen
Sprechstunden von 11-4 Uhr im Chem.-kosm. Laboratorium „Klossin“, Danzig, jetzt Stadtgraben 13, Telefon 23714.

Eisschränke

Gartenschläuche
Meter von 1.50 G
Rasenmäher
von 29.50 G
Gartenschirme
von 32.50 G
E. & R. Leibbrandt, Danzig
Hofengasse, Ecke Milchkanngasse. Tel. 248 45.

Fahrräder und Ersatzteile
noch billiger und besser
Besichtigung meines Lagers unbedingt nötig
Waldau
Altst. Graben 21
Reparaturen prompt u. sachgemäß.

SCHIRME
Reparaturen, Neu- bezüge sorgfältig, billigst:
Schirmhaus am Glockenturm
Hl. Geistgasse 141
Langfuhr, Haupt- straße 43, gegenüber der Post. (3900)

Neueste Schlager
aus Tonfilmen:
Ich bei Tag — Baby
Blonder Traum
Unstehbare Front
tauschen Sie für ge- brauchte Platten ein in der
Tauschzentrale
Jopengasse 42
früh, Schöngasse 21

Kinderräder, Fahrräder,
Ersatzteile kaufen Sie am besten und billigsten bei **A. Brauer**,
2. Damm 9,
Ede Breitgasse.

Damen- u. Herren- Strümpf-Galon
Dauer- u. Wasserwellen, Embellieren u. Manikür.
A. Homjinski,
Langfuhr,
Hauptstr. Nr. 79 b.

Schirme
Reparaturen und Bezüge
billig und gut
Karau
Danzig, Langgasse 55
Langf., Hauptstr. 12

Das Gebet des Heiligen Jahres:

Unseres Königs Kreuzweg

Zwei Kreuzwegandachten
Von Dr. Anton Antweiler
In Leinen 95 Pf. Gehftet 65 Pf.

Der Heilige Vater ruft alle auf, sich im heiligen Erinnerungsjahr der Kreuzigung eindringlicher, inniger in das Leiden und Sterben Christi zu versenken. Dazu bietet dieses neue Andachts- buch eine ausgezeichnete Hilfe. Es eignet sich sowohl für eine gemeinsame Gebetsstunde als auch für die stille Andacht des einzelnen.

Vorrätig in der
Buchhandlung des Westpr. Verlags AG.
Danzig, Am Sande 2. Telefon 247 96/97

Antiquitäten:

Silber, Kristall, Porzellan, Oelgemälde, Teppiche u. Schmucksachen kauft F. Musal, Jopengasse 57
gerichtet, vereid. Sachverständiger.

50 Baustellen

in besten Lagen u. jeder Größe preisw. zu verkf.
Johannes Schulz, Praust. — Tel. Nr. 12.

Stellen- Gesuche Suche eine Lehrstelle bei einer Bank oder im Büro (Großfirma). Bin 19 J. alt, beste Zeugnis der Mittelschule, firm im Maschinenschreiben u. Kurzschrift. Gefl. An- gebote unter Nr. 3924 an die Agentur Nagel, Jopengasse 1, erbeten.	Miet- Gesuche Suche sonnige 2-Zimmerwohnung elektr. Licht, 1. bzw. 2. Etage, Vorderzimmer (evtl. mit Bad) im Stadtbez. Danzig). Biete meine in Schönl. gelegene Wohnung zum Tausch an (Miete 33 G mit Nebengebühr). Nähere Angebote unter Nr. 2378 an die Ge- schäftsstelle d. Zeitg.	Verkäufe Gebrauchter zweiflamm. Gasherd Kronleuchter, Hänge- lampe (Messing) billig zu verkaufen. Tadel, Altst. Grab. 11, II.	Verschiedenes Malerarbeiten werden gut und billig ausgeführt. Max Post Stadtgebiet Radaunerstr. 57.
Verloren u. gefunden Schwarz-Opernglas mit schwarzem Etui vor ca. 14 Tagen verloren. Gegen Belohnung ab- gegeben in der Ge- schäftsstelle d. Zeitg.	3-Zimmerwohnung (Stiva) 1. Etage, ruhige Lage, Waldruhe, Veranda, Mädchenzimmer, Bad, vom 1. Juli zu vermiet. Bettke, Oststr. 1, Laden.	Schlafzimmer hell, Eiche, wenig geb., billig zu verkaufen. Rastanienweg 16, I. Sts.	Opato- Sperrholz zum Baubau ungefügte Platten 3 mm 200 x 120 cm = 0.90 G 4 mm 200 x 150 cm = 1.50 G St. Geitzg. 87/89
Verloren am 7. Juni, 6¹/₂ Uhr 1 schwarzer Seidenpigenigal v. Scheiberrittergasse — Ede Breitgasse (Wien- Berlin). Gegen Belohn. abzugeben (2392) Frau B. Zimmer , Scheiberrittergasse 5, II.	2¹/₂-Zimmerwohn. mit Bad, in Langfuhr ab 1. Juli zu vermieten. Gewinst! Hauptstraße 74, pfr. (an der Kurve). (2073)	Kauf- Gesuche Moderner Kinderräder zu kaufen gesucht. An- gebote mit Preisangabe unter Nr. 2381 an die Geschäftsstelle d. Zeitg.	Stammend billig! Eich. Esszimmer-Tische, ausziehbar, rund und vierkantig, von 46 G. an; Kleiderbügel, poliert, 35 G.; moderne Küchen 76, 98 G. u. u. alle anderen Möbel. Fenstlerau, Möbelhaus Altst. Graben 35. Evl. Teilzahlung.
1 schwarzer Seidenpigenigal v. Scheiberrittergasse — Ede Breitgasse (Wien- Berlin). Gegen Belohn. abzugeben (2392) Frau B. Zimmer , Scheiberrittergasse 5, II.	2¹/₂-Zimmerwohn. mit Bad, in Langfuhr ab 1. Juli zu vermieten. Gewinst! Hauptstraße 74, pfr. (an der Kurve). (2073)	Gut erhaltenes Fahrrad zu kaufen gesucht. An- gebote unter Nr. 2475 an d. Geschäftsst. d. Zeitg.	Heringe billig und gut stets im Heringsladen Altst. Graben 66.

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1

62-002 Suchy Las

www.digital-center.pl

biuro@digital-center.pl

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.

Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance and broadcasting of the whole or fragments prohibited.